

# ZUKUNFT

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

4,50 Euro P.b.b. Abs.: Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift ZUKUNFT, Kaiserbersdorferstrasse 305/3, 1110 Wien, 142040222 M, Nr. 6/2017



## BRUCE DAVIDSON

WESTLICHT

Zwischen Aufbruch  
und Abbruch  
Bernhard Heinzlmaier

Was die SPÖ braucht:  
Klare Politik und Siegeswillen  
Julia Herr

»Eine andere Welt  
ist pflanzbar«  
Stephan Schimanowa

Das Wunder von Islington  
Ludwig Dvořák

PLUS Akzente.



# EDITORIAL

Europas Politik ist in Bewegung: Völlig überraschend hat Jeremy Corbyns Labour Party die konservative Mehrheit im britischen Unterhaus gebrochen, etwas weniger überraschend hat Emanuel Macrons Partei »La Republique en marche« eine Mehrheit in der Nationalversammlung erzielt und damit das traditionelle französische Parteiensystem auf den Kopf gestellt. Was die beiden Phänomene verbindet ist, dass jene Kräfte erfolgreich waren, die sich als Gegenstück zum bestehenden Establishment positioniert haben. Was die beiden unterscheidet, ist nicht nur das inhaltliche Programm, sondern auch die öffentliche Wirkung dieser Kampagnen: Während Labour mit der Hoffnung auf eine andere Politik begeistert und die Wahlbeteiligung so hoch war wie seit 20 Jahren nicht mehr, beruht Macrons Erfolg auf der Beurteilung als »kleinstes Übel« und der mehrheitlichen Wahlenthaltung bei den Parlamentswahlen.

In Österreich bemüht sich Sebastian Kurz mit dem Schmah von der »Neuen ÖVP« auch auf die Anti-Establishment-Schiene setzen zu wollen. Die Umfragen geben ihm derzeit einen klaren Vorsprung, aber die ersten Wahlkampfwochen haben gezeigt, dass auch die ÖVP ein enormes Fehlerpotenzial aufweist: Ohne dass sich die SPÖ diskursiv besonders verausgabt hätte, hat die ÖVP mit ihren Planspielen zu Hartz IV in Österreich und mit ihren auf einer Linie mit der Strache-FPÖ liegenden Vorhaben zur Kürzung der Staatsausgaben um 14 Mrd. Euro einen Vorgeschmack auf ihre Sozialabbau-Pläne geliefert.

Labours Wahlkampagne hat vorgezeigt, wie man mit einer klaren Alternative zu wachsender Ungleichheit und dem Kaputtsparen öffentlicher Dienste, klar scheinende Mehrheiten auch brechen kann. Welche Herausforderungen dabei zu bewältigen sind und an welche Erfahrungen die SPÖ dabei anknüpfen kann, wird in diesem Heft von fünf AutorInnen aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln behandelt:

**Bernhard Heinzlmaier** legt die Finger auf die Wunden des jahrzehntelangen **Vertrauensverlusts** der Sozialdemokratie in traditionellen WählerInnensegmenten und die Schwierigkeiten bei der Bindung von WählerInnen heute. Er

skizziert, in welche Richtung die Sozialdemokratie programmatisch denken muss, um wieder **erfolgreich** und **mehrheitsfähig** sein zu können.

**Julia Herr** knüpft an der aktuellen Debatte um eine rot-blaue **Koalition** an und fordert ein, **um eigene Mehrheiten** jenseits von ÖVP und FPÖ zu kämpfen, **statt** darauf zu setzen, sich in **Verhandlungen an die Macht schwindeln** zu können. Sie plädiert dafür, als SPÖ direkt an Corbyns erfolgreicher Kampagne anzuknüpfen.

**Wolfgang Edelmüller** analysiert im ersten von zwei Teilen seines Beitrags die **wirtschaftstheoretischen Grundlagen** des »Neoliberalismus«, die von der Sozialdemokratie im »Dritten Weg« grundlegend übernommen wurden und analysiert, warum diese falsche Konzeption ursächlich für den Abstieg der Sozialdemokratie bei Wahlen ist. Der im nächsten Heft erscheinende zweite Teil zeigt mögliche Szenarien für eine Trendwende auf.

**Stephan Schimanowa** zeigt aus der Perspektive der **offenen Jugendarbeit** auf, wie die **Hoffnung auf ein besseres Leben** in der Jugendarbeit entwickelt und politisch nutzbar gemacht werden kann. Entscheidend dafür sei die Bereitschaft von scheinbaren Autoritäten, in die Rolle der Lernenden zu schlüpfen.

**Ludwig Dvořák** zeichnet in seinem Text das **britische Wahlergebnis** und die erfolgreiche **Corbyn-Kampagne** nach. Er zeigt die Perspektiven der weiteren politischen Entwicklung auf und filtert heraus, was die Sozialdemokratien Europas von ihrer nunmehr mitglieder- und stimmenstärksten Schwesterpartei lernen können.

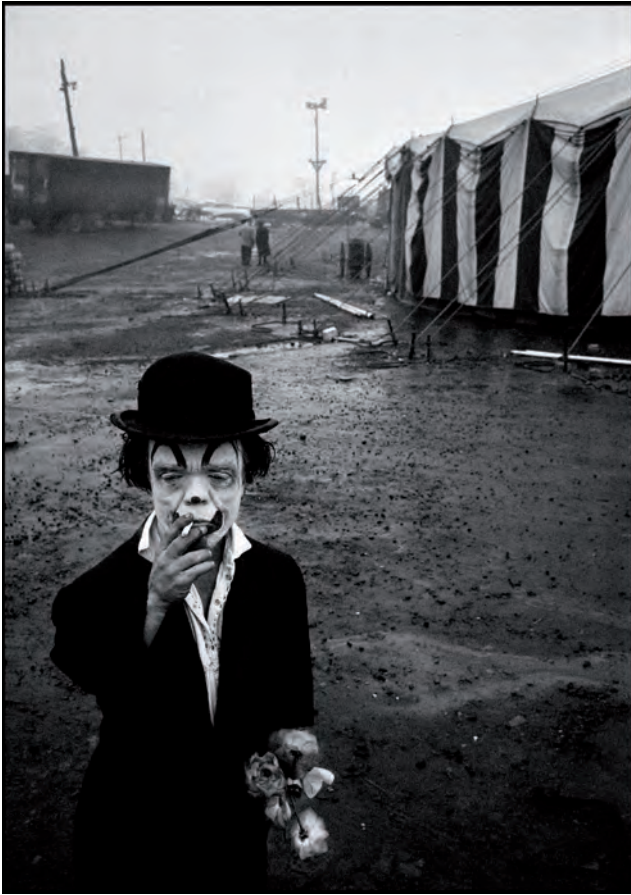
Nach den Buchtipps bildet das Schlusswort von **Markus Marterbauer** den Abschluss dieser Nummer.

Wir wünschen gute Unterhaltung beim Lesen und Schauen!

**LUDWIG DVOŘÁK**  
Gf. Chefredakteur



# Inhalt



**Jimmy Armstrong, The Palisades, New Jersey, 1958**

© Bruce Davidson / Magnum Photos

## 6 Zwischen Aufbruch und Abbruch

VON BERNHARD HEINZLMAIER

## 14 Was die SPÖ braucht: Klare Politik und Siegeswillen

VON JULIA HERR

## 18 Auf dem »Dritten Weg« bis ans Ende der Sozialdemokratie?

VON WOLFGANG EDELMÜLLER

## 26 »Eine andere Welt ist pflanzbar«

VON STEPHAN SCHIMANOWA

## 32 Das Wunder von Islington

VON LUDWIG DVOŘÁK

## 40 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

## 42 Sozialstaat und Wirtschaftsstandort

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

**ERRATUM** In der letzten Ausgabe unterschlugen wir beim Nachnamen unserer Autorin Muna Duzdar das R – wir entschuldigen uns!

**IMPRESSUM Herausgeber:** Gesellschaft zur Herausgabe der Zeitschrift »Zukunft«, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Verlag und Anzeigenannahme:** VA Verlag GmbH, 1110 Wien, Kaiserebersdorferstraße 305/3 **Chefredaktion:** Caspar Einem, Ludwig Dvořák (geschäftsführend) **Redaktion:** Alessandro Barberi, Bernhard Bauer, Elisabeth Felbermair, Senad Lacevic, Philipp Oberhaidinger, Armin Puller, Thomas Riegler, Michael Rosecker, Jennifer Sommer, Artur Streimelweger, Anna Vukan **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt **Cover:** Jimmy Armstrong, The Palisades, New Jersey, 1958, © Bruce Davidson / Magnum Photos

# Zwischen Aufbruch und Abbruch

**Bernhard Heinzlmaier stellt** in seinem Beitrag Überlegungen zur Zukunft der Sozialdemokratie an.

**M**an ist nur fruchtbar um den Preis, an Gegensätze reich zu sein; man bleibt nur jung unter der Voraussetzung, dass die Seele nicht sich streckt, nicht nach Frieden begehrt ... Dieses Zitat aus Friedrich Nietzsches Götzen-Dämmerung widerspiegelt das Wesen der gegenwärtigen Krise der Sozialdemokratie in Europa. Die Sozialdemokratie ist alt geworden an Leib und Seele, weil sie die letzten beiden Jahrzehnte ähnlich antriebslos existiert hat, wie die apathisch gewordenen Bewohner der französischen Banlieues, der Berliner Plattenbausiedlungen oder der Wiener Brennpunktviertel. Die Sozialdemokratie ist lethargisch wie die entkoppelten Unterschichten der postmodernen Gesellschaft, die sie schon vor Jahren verlassen, alleine gelassen hat. (vgl. Didier Eribon: Rückkehr nach Reims)

Während die Unterschichten aber aufgrund von Mangel an Resonanz und individueller Zukunftsperspektive in Apathie versunken sind, ist die Sozialdemokratie paradoxer Weise wegen der jahrzehntelangen übergroßen und unerschütterlichen Gefolgschaft ihrer Kernmilieus in eine selbstgefällige Passivität gestürzt. Ihre Dekadenz gründet also in einer überzogen treuen Wählerschaft, die ihr in blindem Vertrauen überall hin gefolgt ist und jede Wende und Volte ihrer Politik fraglos mitvollzogen hat. Die jahrzehntelange blinde Treue ist im Zuge der Entzauberung der Sozialdemokratie in ihr absolutes Gegenteil, in eine tiefe Abneigung umgeschlagen, nachdem der gekränkte Kernwähler aus der Mittel- und Unterschichte erkennen musste, dass die Narrative der Sozialdemokraten nunmehr in der Lebenswelt des postmateriellen und des links-liberalen Bürgertums wurzelten.

Zudem änderte die Individualisierung und die mit ihr einhergehende Auflösung von emotionalen politischen Bindungen die Parteibeziehung der Menschen nicht schlagartig, aber stetig. An die Stelle der vorbehaltlosen Liebe zu einer Partei ist das Nutzenkalkül als wichtigstes Movens der Parteibindung

getreten. Eine Partei der Postmoderne muss liefern, seien es nun materielle Vorteile oder symbolische Resonanz. Der Appell an die Ideale einer großen Vergangenheit und die emphatische Vision einer heroischen Zukunft sind zu wenig.

Diesen fundamentalen Struktur- und Mentalitätswandel in der Wählerschaft hat die SPÖ wohl zu spät erkannt, so wie der Ehepartner, der jahrelang neben seinem Gatten lebt, ohne dass er bemerkt, das nur mehr dessen Körper im selben Haushalt wohnt, sein Geist und seine Emotionen aber bereits weit weg sind. Dort wo früher emotionale Idealisten waren, stehen heute kühl kalkulierende Konsumenten, die bedient, hofiert und unterhalten werden wollen. Spitzenpolitiker sind ihnen nicht mehr respektable Führungspersonen, die man adoriert und verehrt, sie werden nüchtern betrachtet wie Manager eines Großunternehmens, die von der Generalversammlung eiskalt abberufen werden, wenn sie ihre Leistung nicht erbringen, oder wie Schauspieler, die nach ihrem Unterhaltungswert beurteilt werden. Politik heißt heute auch Politainment. Das sollte man nicht vergessen.

Die skizzierte Bindungsproblematik ist in der Wählergruppe der unter-30-jährigen besonders ausgeprägt. Sie verhält sich zu den Parteien wie zu Konsumentenmarken. Wenn Zeichen- und Gebrauchswert nicht mehr passen, ein anderer Anbieter Besseres auf den Markt bringt, ziehen sie weiter. Auch wenn es um Politik geht, ist der Jungwähler heute Konsument: Seine Parteienbeziehungen gestaltet sich pragmatisch, kühl und flüchtig. (vgl. Generationenstudie 2016)

Die ungesund-übertriebene Zuneigung ihrer Basis hat noch in den 1970er- und 1980er-Jahren eine bis an die Grenzen der Selbstherrlichkeit selbstbewusste Parteilite entstehen lassen, die sich seit Jahrzehnten zufrieden eingerichtet hat in einer Blase des gegenseitigen Bejahungs- und Bestätigungsdiskurses und die sich nun in dieser harmonischen In-Group

trotzig verschanzt vor einer Welt, in der nichts mehr so ist, wie es ihrer Sicht nach sein sollte. Die Menschen sind unduldsam und aufbegehrend, juvenile Mitbewerber respektlos, die Wirtschaft tut, was sie will und die großen Medieninstitutionen, mit denen man noch relativ gut kann, kommen nach und nach durch eine unübersichtliche Vielzahl von unabhängigen Informationsanbietern unter Druck, die berichten, wie und was sie wollen.

Die Sozialdemokratie ist heute weitgehend ein »Closed Shop«, ihre Resonanzfähigkeit ist auf ein Mindestmaß reduziert, die Durchlässigkeit zur Außenwelt kaum mehr gegeben. Die Systemtheorie spricht davon, dass sich autopoetische Systeme durch Störungen von außen ernähren. Die Sozialdemokratie ist geistig und kulturell unterernährt, weil sie sich, zu sehr den inneren Frieden begehrend, zwei Jahrzehnte lang eingebunkert hat, in Rathäusern, Regierungsgebäuden und Parteizentralen. Störungen von außen, die bei Parteien funktionieren wie organische Immunsysteme, indem sie Erwartungsstrukturen in Frage stellen, um auf Unsicherheiten und Inkonsistenzen im Kommunikationsprozess aufmerksam zu machen, wurden abgewehrt und verdrängt. (vgl. Hellmann 1996:10) Fällt das Immunsystem der Störungen von außen aus, kocht eine Partei also nur im eigenen Saft, ist ihr Überleben als soziales System in Gefahr. An dieser Stelle stehen wir heute.

## **DAS FEHLEN EINER DENK- UND KOMMUNIKATIONSFABRIK**

Die Krise der Sozialdemokratie kommt insbesondere zum Ausdruck als Krise des programmatischen und strategischen Denkens und in der Unfähigkeit, Einrichtungen zu schaffen, in denen programmatisch und strategisch gedacht wird. Die Industriellenvereinigung finanziert die hochaktive und äußerst gut geführte »Agenda Austria«, ein Think Tank, der gleichzeitig eine äußerst professionell agierende PR-Agentur ist. Die »Agenda Austria« macht Meinung im Vorfeld der bürgerlichen und liberalen Parteien. Diese brauchen nur mehr das von der Agenda aufbereitete Feld zu bestellen. In der Sozialdemokratie sucht man nach einer solchen »Denk- und Kommunikationsfabrik« vergeblich. In den sozialen Medien vermisst man programmatische Stellungnahmen der SPÖ schmerzlich. Während man permanent über gut gemachte Meme der »Agenda Austria« stolpert. Selbst die verstaubte Politische Akademie der ÖVP tritt auf Twitter ab und an in Erscheinung. Aus der SPÖ hört man dort recht wenig subtil Programmatisches, wenn man von holzschnittartigen Parolen in 20-Punkt-Lettern einmal absieht.

## **WERTEDISKUSSION RELOADED**

Immer wenn die Sozialdemokratie früher in eine Krise geraten war, begann eine Wertediskussion. Vor allem von Seiten der Parteilinken wurde dann zur Besinnung auf die Grundwerte der Bewegung aufgerufen. Die Zeit solcher Wertediskurse ist heute vorbei. Bezug auf die Grundwerte nimmt heute kaum mehr jemand. Ideologische Grundsatzdiskussionen sind nur in einer Bildungsbewegung möglich, die die Sozialdemokratie schon längst nicht mehr ist. Heute ist sie der Zusammenschluss von Menschen, die unter den Auspizien einer diffusen Ästhetik der Menschlichkeit ihren persönlichen Karriereplan durchzusetzen versuchen. Innerhalb der Sozialdemokratie vergemeinschaftet man sich deshalb, weil individuelle Ziele leichter in der Gruppe zu erreichen sind. Das gemeinsame Gruppenziel ist sekundär. Deshalb gibt es keine organisierte und bewusst geführte Wertediskussion, weil die Partei eine Vereinigung von Einzelkämpfern ohne Referenz auf ein gemeinsames Weltbild geworden ist.

Dennoch wirken die alten Werte noch, aber sie geistern bloß als Gespenster, als kraftlose Geistesbilder durch die Diskurse, an denen, je weniger sie begründet und differenziert erörtert werden können, desto verbissener und emotionaler festgehalten wird. Die Grundwerte der Sozialdemokratie sind weitgehend zu Heiligenbildern verkommen, die man vor allem deshalb verehrt, weil sie auf undurchsichtig-geheimnisvolle Mythen verweisen und nicht, weil sie allgemeine Prinzipien mit instruktiven Inhalten zur Lösung von praktischen Wertkonflikten sind. Oder man holt sie dann hervor, wenn sie zweckmäßig eingesetzt werden können als ideologische Waffe mit hoher moralischer Gravität im Konflikt um Rangpositionen in der Parteihierarchie. Werte finden also entweder als geheimnisvolle leere Signifikanten in parareligiösen Ritualen mit praktischer Irrelevanz Verwendung oder sie werden als Macht- und Disziplinierungsmittel in Karriere-Wettkämpfen genutzt.

## **DER WERT DER GLEICHHEIT UND DIE PERFORMATIVEN ÖKONOMIE**

Greifen wir als Beispiel den Wert der Gleichheit auf. Was kann dieser Wert heute noch leisten, in einer Wettbewerbsgesellschaft, zu der sich auch die Sozialdemokratie bekennt, und in der sich der durchsetzt, der sich als einzigartiger Siegertyp zu inszenieren weiß? Wir leben in einer »performativen Ökonomie« (vgl. Neckel 2008), einer Selbstdarstellungswirtschaft, in der gewinnt, wer sich am besten verkauft. Der dominierende Wert einer solchen Ökonomie ist kein moralischer, son-

dern der Zeichenwert, die ästhetische Qualität eines Subjekts oder Objekts, seine stilgerechte Rahmung, die Geschichte, die es erzählt, seine Verpackung, das Bild, das es abgibt, die Assoziationen, die es kraft ihres Erscheinens aufruft. Die »performative Ökonomie« ist eine Ökonomie der Differenz. Es zählt der Unterschied, nicht das Gemeinsame und Gleiche. Kurz gesagt: Wer sich auf der ästhetischen Ebene einordnet und anpasst, verliert. Gewinner ist der, der die extravaganteste, einzigartigste Geschichte von sich erzählen kann, der das individuellste »Narrativ« präsentieren kann.

Wer in den Zeiten des Wettbewerbs und der performativen Konkurrenz Gleichheit predigt, der legt ein Programm des asketisch motivierten Verzichts auf Erfolg vor. Und das kann in einer Erfolgsgesellschaft, in der das Gewinnen um jeden Preis der zentrale Lebensinhalt der Menschen zu sein hat, nicht Massengefolschaft erzeugen. Was man in einem politischen System, das auf »Talk« spezialisiert ist, d. h. auf die Darstellung der Bemühung um rationale Entscheidungen, nicht auf deren Realisierung (vgl. Luhmann 2003:157), bestenfalls aufrecht erhalten kann, ist das Ideologem der Chancengleichheit. Aber auch dieses ist in der komplexen Gemengelage der funktional breit ausdifferenzierten postmodernen Gesellschaft von der Politik unmöglich zu realisieren, also illusorisch.

Denn die Zahl der Stellschrauben ist zu groß, an denen zur Erreichung von tatsächlicher Chancengleichheit gedreht werden müsste, und würde das Wunder doch gelingen, dann hätte das eine totalitäre Gesellschaft zur Folge, die für niemanden mehr lebenswert wäre. Stellt man die Illusion der Chancengleichheit zu sehr ins Zentrum der Parteiprogrammatik, läuft man zudem Gefahr, dass die »bloße Verbalakustik« (Luhmann 1996) dermaßen zur Stimulierung einer nicht einlösbaren Erwartung führt, dass am Ende der durch die notwendig folgende Enttäuschung der Wählerschaft hervorgerufenen Vertrauensverlust schwerer wiegt, als die Erinnerung an das flüchtige Wohlgefühl, dass bei der Anlehnung an eine Illusion entsteht.

Es ist besser einzubekennen, dass sowohl Gleichheit als auch Chancengleichheit nicht realisierbar sind und damit als Ziel besser aufzugeben wären. An ihre Stelle sollte ein Programm treten, das die Bemühungen des Einzelnen um Distinktion und Einzigartigkeit unterstützt und das Eintreten für Sicherungssysteme, die die im Wettkampf Gescheiterten vorübergehend oder langfristig absichern. Zweiteres wäre der genuine zeitgemäße sozialdemokratische Beitrag.

Anhand des bisher Ausgeführten konnte am Beispiel des Gleichheitsbegriffes gezeigt werden, dass Werte keine überzeitliche Substanz aufweisen. Ihr Sinn ergibt sich aus dem gesellschaftlichen Kontext, in dem sie stehen. Angesichts der Kultur einer Leistungs- und Wettbewerbsgesellschaft ist es nicht sinnvoll, den Wert der sozialen Gleichheit weiterhin zu vertreten, weil die Individuen einer solchen Gesellschaft alles daransetzen müssen, sowohl sozial als auch ästhetisch einzigartig, d. h. ungleich zu sein. Anstelle der Verbreitung einer Politik der Illusionen sollte ein Programm gesetzt werden, das 1) die Unterstützung der Menschen in ihrem täglichen Wettbewerb durch Bildung, medizinische Betreuung etc. garantiert, 2) Die Eingriffe in ihre mikrosoziale Lebenssphäre auf ein Minimum reduziert und 3) für Phasen des Scheiterns eine solide soziale Absicherung (bedingungsloses Grundeinkommen) und effiziente Wiedereinstiegshilfen bereitstellt. Aus heutiger Sicht ist der von Alfred Gusenbauer geprägte visionäre Begriff der »solidarischen Hochleistungsgesellschaft« nur deshalb in seiner Bedeutung nicht erkannt worden, weil er in Theorie und Praxis zu wenig unterfüttert war. Wäre er von einem liberal-sozialdemokratischen Konzeptentwurf begleitet gewesen, der im Kern den absoluten Wettbewerb der Starken bei gleichzeitiger hundertprozentiger Obsorge für die Schwachen oder die sich in einer vorübergehenden Schwächephase befindlichen Menschen, begleitet gewesen, wäre er heute wohl der Mittelpunkt einer modernen sozialdemokratischen Programmatik.

### DAS PRINZIP DER OPPORTUNISTISCHEN WERTEPFLEGE

Wie müsste nun eine Weltanschauung beschaffen sein, die, trotzdem sie auf Werte abstellt, unter postmodernen kulturellen Rahmenbedingungen noch immer funktional sein kann? Niklas Luhmann schlägt dafür die »opportunistische Wertepflege« vor (vgl. Luhmann 2013). Luhmann geht davon aus, dass aufgrund der Steigerung des Verhaltenstempos und der Ausdifferenzierung der Gesellschaft nur mehr eine situationsrelative Wertepflege möglich ist. Die opportunistische Wertepflege verhilft dazu mehr und konfliktreichere Werte im Wechsel der Präferenzen verwirklichen zu können. Dieser neue Opportunismus schließt Ideologie nicht aus. Gerade in der Organisation der Werte, wie Luhmann den flexiblen Umgang mit Werten nennt, dem Wechsel der Werte nach Bedarf und Opportunität, liegt die Spezifität einer postmodernen Ideologie, die sich dieserart von Glaubenssystemen älterer Art unterscheidet. (vgl. Luhmann 2013:52) Luhmanns Ansatz liegt also nicht jenseits der Ideologie, ist also nicht postideologisch.



Der Modus der flexiblen Organisation der Werte selbst ist sein zeitgemäßer Ideologieentwurf.

## **DAS PHÄNOMEN KURZ ALS PARADEBEISPIEL DER FLEXIBLEN WERTEORGANISATION**

Die politische Welt links der Mitte ist entsetzt über Sebastian Kurz, dabei handelt dieser nur radikal im Sinne der luhmannschen Ideologie der opportunistischen Wertepflege. Übrigens war ganz offensichtlich auch Macron von dieser Ideologie geleitet. Ihr Grundprinzip ist es, sich frei von substanziellen Festlegungen als leerer Signifikant zu präsentieren. Ein leerer Signifikant bietet sich geschickt als universell verwendbarer Bedeutungsträger an, in den der politische Konsument alle Inhalte hineinprojizieren kann, die er will. Im Prinzip positionieren sich Macron und Kurz so, dass es dem politischen Konsumenten überlassen bleibt, in seinen Kopf aus ihnen das zu machen, was er in ihnen sehen will.

Dieser Taschenspielertrick funktioniert deshalb, weil sich der politische Konsument daran gewöhnt hat, dass in der Politik mit »frei flottierenden Zeichen« gehandelt wird, was so viel bedeutet wie, dass politische Kommunikation weitgehend reiner »Talk« ist, der sich primär um die Darstellung der Bemühungen um rationale Entscheidungen, nicht aber um deren Realisierung dreht. Vereinfacht gesprochen heißt das, dass Wahlentscheidungen heute primär aufgrund von ästhetischen Kriterien getroffen werden. Wichtiger als das was er tut, ist am Politiker, wie er darüber spricht, was für Geschichten er erzählt und was er symbolisch repräsentiert. Mit einer Ausnahme: den »unmittelbarsten Interessenslagen der Menschen« in ihrer Zeit, die im Alltag für sie hochgradig erfahrungsrelevant sind.

## **SICHERHEIT – DAS ERFAHRUNGSRELEVANTE SCHLÜSSELTHEMA UNSERER ZEIT**

In einer Risikogesellschaft, in der Risiken in immer größerem Ausmaß individualisiert und damit vom Einzelnen zu tragen und zu bewältigen sind, steht das Sicherheitsthema paradigmatisch für die »unmittelbarste Interessenslage der Menschen«. Der Sicherheitsbegriff ist heute vielgestaltig. Er steht für a) Schutz vor Kriminalität, b) Sicherung der Grenzen vor illegaler Migration c) Sicherheit vor dem Fall ins sozial Bodenlose in einer Abstiegs-gesellschaft und d) Schutz des kulturellen Heimatbedürfnisses.

a)Die Menschen sind von rationalen und irrationalen Ängste beeinflusst. Beide Formen stellen heute eine explosive Mischung dar, die das demokratische System, wenn sie un-

bearbeitet bleiben, in eine autokratische Formation drängen können. Die rationalen Ängste z.B. vor Kriminalität müssen durch qualitativen und quantitativen Ausbau der Sicherheitsapparate (Bundesherr und Polizei) bearbeitet werden, die irrationalen durch symbolisch-kommunikative Maßnahmen.

b)Die überwiegende Mehrheit der Menschen, vor allem aber die Wählerschaft der Sozialdemokratie, steht der in ihren Augen überbordenden Zuwanderung zumindest skeptisch gegenüber. Sozialdemokratische Politik muss in einer solchen Situation zeigen können, dass sie sowohl in der Lage ist, die eigenen Grenzen zu schützen, als auch alle diplomatischen Mittel professionell ergreifen kann, um Wanderungsströme effizient zu stoppen.

c)Das ständig prekäre Leben vor allem für die Menschen, die unterhalb des Einkommensmedians leben, muss durch eine solide Grundsicherung »entängstigt« werden. Zudem muss es explizit nicht-repressive Förder- und Unterstützungsmaßnahmen für jene geben, bei denen ein Wiedereinstieg in die Arbeitsgesellschaft machbar erscheint. Bei jeder Form der Wiedereingliederungshilfe ist aber darauf zu achten, dass die Würde der Menschen unverletzt bleibt, d. h. es sind überzogene Kontrollmaßnahmen und Repressionsdrohungen drastisch zurückzufahren.

d)Wir beobachten in den letzten Jahren eine deutliche Zunahme des Bedürfnisses nach kulturellem Aufgehoben-sein. Auch wenn man diese Erscheinung als regressiven Utopismus bewertet, ist damit auf vernünftige Weise umzugehen. Im Kern verbirgt sich hinter dem Heimatbegriff die Angst vor überzogenen Veränderungen. Diese vor allem im konservativbürgerlichen Milieu des ländlichen Raumes verbreitete Haltung, darf keinesfalls mit dem Gestus eines überheblichen urbanen Kulturnobismus zurückgewiesen werden. Auch jene, die ihre Kulturtraditionen hochhalten, sollten von einer liberalen sozialdemokratischen Politik nicht übersehen werden.


## **RESÜMEE**

Luc Boltanski und Ève Chiapello identifizieren innerhalb der Gesellschaftskritik zwei Grundströmungen, die sie historisch herleiten. Die erste Kritikform nennen sie Künstlerkritik. Sie wurzelt in der Lebensform der Bohème. Diese Kritik speist sich aus der Empörung über die Entzauberung und Banalisierung der Welt durch den Kapitalismus und die Unterwerfung des Menschen unter die Rationalität der kapitalistischen Produktion. Serialität und Standardisierung der Warengesellschaft

weist sie zurück. Demgegenüber tritt man für die Freiheit des künstlerischen und kreativen Menschen ein, weigert sich, ästhetisches Handeln moralisch zu binden und lehnt die meisten Formen der Unterordnung unter kollektive Autoritäten ab. Der personale Idealtypus dieser Kapitalismuskritik ist der Dandy (heute Hipster), der in der Mitte des 19. Jahrhunderts zum ersten Mal auftritt und der die Nicht-Produktion, das ästhetische Spiel und die spontane Kultur der individuellen Freiheit zum höchsten Ideal stilisiert. Künstlerkritik in der Gegenwart bedeutet, dass der Freiheit im Allgemeinen der Vorzug vor sozialer Gleichheit und universeller Gerechtigkeit gegeben wird. Gegenwärtig steht dafür die vom Silicon Valley begeisterte Startup-Kultur, aber auch eine bürgerliche Mittelschicht, die den Staat als überreguliert wahrnimmt.

Die Sozialkritik hingegen, die zweiten Form der Kapitalismuskritik, thematisiert nicht primär Freiheitsprobleme. Vielmehr ist sie aus der Kritik an den egoistischen Partikularinteressen der Reichen und an der Verarmung der unteren Klassen hervorgegangen, die mit der kapitalistischen Akkumulation des 19. Jahrhunderts aufkommt. Die Sozialkritik weist den Individualismus, Egoismus und Narzissmus der Künstler energisch und emphatisch zurück und argumentiert, dass Freiheit ohne Gleichheit für alle gar nicht möglich ist. Während die Künstlerkritik primär als Kritik gegen die Entzauberung der Welt als Folge der kapitalistischen Rationalisierungsprozesse auftritt, nimmt die Sozialkritik in erster Linie die Ungleichheits- und Verarmungsproblematik ins Visier, die im Zuge der ungezügelten kapitalistischen Landnahme auftreten.

Die Überlebensaufgabe für die Sozialdemokratie besteht darin, beide Kritikformen in ein konzises Konzept zu gießen und damit das Auseinanderbrechen ihrer sozialen Basis in konträre Lager zu verhindern. Der Weg zur Synthetisierung dieser widerstrebenden Kulturen könnte in einem sozialdemokratischen Liberalismus liegen, der eine Gesellschaft der unterschiedlichen Geschwindigkeiten nicht nur diagnostiziert, sondern auch offensiv im Zuge der Verbindung von heterogenen Zielsetzungen bearbeitet. Ein solches Konzept müsste in der Lage sein, einerseits das Freiheitsbedürfnis der »digitalen und kommerziellen Hochgeschwindigkeitseliten« und ihrer Anhänger zu befriedigen, als auch das Schutz- und Resonanzbedürfnis der prekären Mitte und der entkoppelten Unterschichten. Konkret würde das heißen: Alle Freiheit für den Wettbewerb der Starken und solide Grundsicherung und würdevolle Widereingliederungshilfe für die Schwachen. Aber nur wenn die SPÖ bereit ist, eine dermaßen an Gegensät-

zen reiche politische Existenz aktiv anzunehmen und zu gestalten, können solche Bemühungen fruchtbar sein. 

### BERNHARD HEINZLMAIER

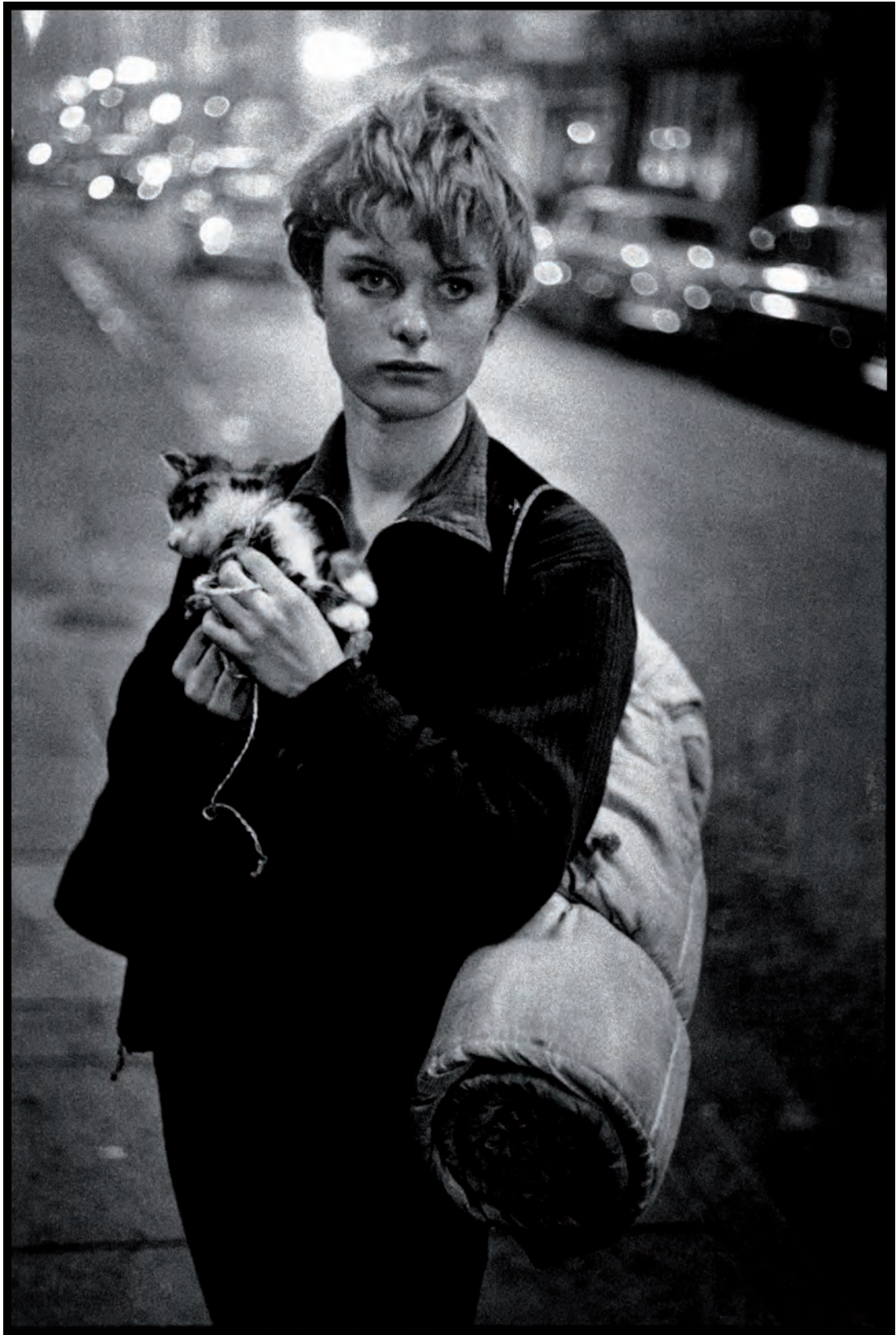
ist Sozialwissenschaftler und Unternehmensberater. Er ist Mitbegründer des Instituts für Jugendkulturforschung und seit 2003 ehrenamtlicher Vorsitzender. Hauptberuflich leitet er das Marktforschungsunternehmen T-Factory in Hamburg.

### ZITATE:

**Boltansky, Luc; Chiapello Ève:** Der neue Geist des Kapitalismus. Konstanz 2003 | **Eribon, Didier:** Rückkehr nach Reims. Berlin 2016 | **Neckel:** Flucht nach vorn. Die Erfolgskultur der Marktgesellschaft. Frankfurt am Main 2008 | **Nietzsche, Friedrich:** Götzen-Dämmerung. In.: Kritische Studienausgabe. Band 6. München 1999, s. 55-161, s. 80 | **Hellmann, Kai-Uwe:** Der Universalitätsanspruch der Systemtheorie. In.: Luhmann, Niklas: Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt am Main 1996. S. 7 – 45, s. 10 | **Luhmann, Niklas:** Die Knappheit der Zeit und die Vordringlichkeit der Befristung. Berlin 2013 | **Luhmann, Niklas:** Soziologie des Risikos. Berlin 2003 | **Institut für Jugendkulturforschung:** Generationenstudie 2016. Wien 2016. Forschungsbericht

**BRUCE  
DAVIDSON**


WESTLICHT



**London, 1960**

© Bruce Davidson / Magnum Photos

# BRUCE DAVIDSON



**Davidson gehört zu** den prägendsten Fotografen der Agentur, wie kaum ein anderer hat er mit seinen Reportagen über marginalisierte Lebenswelten und Subkulturen dem Genre die Richtung gewiesen. Die Ausstellung bietet einen Überblick seines gesamten, mehr als fünf Jahrzehnte umspannenden Schaffens, bis hin zu einem seiner jüngsten Projekte, Nature of Los Angeles (2008–2013). Im Zentrum stehen seine bekanntesten Serien, darunter Brooklyn Gang (1959), Time of Change: Civil Rights Movement (1961–1965) und East 100th Street (1966–1968). Davidsons leidenschaftliche Beziehung zur Fotografie begann bereits im Alter von zehn Jahren. Seine Arbeiten sind weniger durch einen bestimmten Stil beeinflusst, vielmehr ist es der persönliche Blick auf die Realität, der sein Werk über das Einzelbild hinaus kennzeichnet und sich in der Wiederholung und Gegenüberstellung von Themen und Charakteren manifestiert. Zu den Menschen in Davidsons Bildern entsteht eine fast intime Beziehung, ermöglicht durch die Präsenz des Fotografen, dem die Porträtierten vertrauen und Zugang in ihr Leben gewähren, selbst wenn es um kontroverse Themen geht. Davidsons Arbeiten vermitteln stets auch eine moralische Haltung, die sein Werk weit über einen reinen Dokumentarismus hinaushebt.

WestLicht. Schauplatz für Fotografie  
Bis 13. August 2017  
Westbahnstraße 40  
A-1070 Wien  
[www.westlicht.com](http://www.westlicht.com)

# Was die SPÖ braucht: Klare Politik und Siegeswillen

**In ihrem Beitrag argumentiert** Julia Herr, warum die Rot-Blau-Debatte keine Lösung, sondern ein Symptom für die Probleme der SPÖ ist. Die Lösung sieht sie in einem radikalen Alternativprogramm zu Schwarz-Blau. Ein Anbieten an die FPÖ ist nicht nur moralisch falsch, sondern auch politisch schädlich.

**R**oland Fürst hat vor einigen Tagen an dieser Stelle argumentiert, warum sich die SPÖ alle Optionen, von Rot-Blau bis zur Opposition, offenhalten müsse. Tatsächlich diskutiert wird aber, auch von ihm, vor allem eine Option: Rot-Blau. Es ist bis dato eine ziemlich einseitige Diskussion, in der mit Ausnahme von Michael Häupl alle führenden Funktionäre argumentieren, die Ablehnung einer rot-blauen Koalition würde die Sozialdemokratie der ÖVP ausliefern. Mit dem Kriterienkatalog sollte die Debatte auf eine inhaltliche Basis geholt werden. Medial wahrgenommen wurde es als eine Öffnung Richtung FPÖ.

Tatsächlich ist es ein Teil der Wahrheit, dass die über zehn Jahre in der »Großen Koalition« die SPÖ massiv geschwächt haben. Nachdem in einer ersten Phase die wichtigsten Wahlversprechen (von Studiengebühren-Abschaffung bis Eurofighter-Abbestellung) der Koalition geopfert wurden, hat die SPÖ im Laufe der nächsten Jahre überhaupt auf offensive Wahlversprechen verzichtet. Wenn Roland Fürst also mit Blick auf die letzten zehn Jahre davon spricht, dass es nur noch »Magen-schmerzen« verursache, wenn man von sozialer Gerechtigkeit spricht, aber nichts Substantielles umsetzt, kann ich ihm nur zustimmen.

Über den anderen Teil der Wahrheit hüllen sich aber all jene, die bis vor kurzem jeden faulen rot-schwarzen Kompromiss als Neustart abgefeiert haben, um jetzt den Teufel der Kurz-ÖVP mit dem blauen Beelzebub austreiben wollen, in Schweigen: Was soll Rot-Blau denn an diesem Zustand ändern? Das Durchsickern des FPÖ-Wirtschaftsprogramms, aber auch die Aussagen Straches zur Pflichtmitgliedschaft haben doch vor allem eines belegt – dass Kurz und Strache wirtschafts- und sozialpolitisch am gleichen Strang ziehen. Die Herren sind sich inhaltlich einig: Die Staatsausgaben sollen um

14 (!) Mrd. Euro sinken, das ist das größte Sozialabbaupaket aller Zeiten; und der Schutz der ArbeitnehmerInnen vor der Macht des Kapitals soll zerschlagen werden. Denn die Kampf-ansage an die Pflichtmitgliedschaft ist nicht nur der Versuch, die Arbeiterkammern und ihre Beratungsleistungen zu schwächen – hier geht es auch um die Aushebelung eines flächen-deckenden Kollektivvertragssystems, um das Ermöglichen von Dumpinglöhnen, um die Zerschlagung von Gewerkschafts-macht. Denn mit der Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft bei der WKÖ, würden viele austretenden Unternehmen aus dem Anwendungsbereich der Kollektivverträge fallen.

Welche Logik hat es, sich aus der Geiselnhaft des einen Sozialabbauers zu befreien, um sich in die Hände des anderen zu begeben? Hier kommen in der Regel vier Argumente zum Einsatz: 1. Um WählerInnen von der FPÖ zurückzugewinnen, müssten wir mit ihr gesprächsbereit sein. 2. Die FPÖ verkaufe sich als »soziale Heimatpartei« – in einer Koalition müssten sie uns entweder nachgeben oder sich selbst bloßstellen. 3. Mit Rot-Blau kann man die ÖVP unter Druck setzen 4. Rot-Blau sei die einzige Alternative zu Schwarz-Blau. Rot-Blau werde Schlimmeres verhindern, in manchen Teilbereichen werde man sogar kleine Verbesserungen erreichen und das sei immer noch besser als Opposition.

1. Ich glaube, niemand kann ernsthaft behaupten, dass es ein Wahlmotiv für die FPÖ sei, dass die SPÖ nicht mit ihr koalieren will. Das ist heiße Luft aus dem FPÖ-Generalsekretariat nicht mehr und nicht weniger. Die Zugewinne der FPÖ sind ein Ergebnis der Verunsicherung: Der Verunsicherung über die eigenen Zukunftsperspektiven und die der nächsten Generation. Die FPÖ gibt eine falsche Antwort darauf (»Die Ausländer sind schuld!«), aber sie gibt eine Antwort darauf. Mit der FPÖ reden, überzeugt niemanden »zurückzukehren«.

Wir brauchen eine eigene Antwort, die überzeugender ist. Labours Zugewinne von UKIP bei den britischen Parlamentswahlen kamen nicht von einer Gesprächsbereitschaft mit UKIP, sondern von einem hoffnungsvollen Programm, dem Versprechen, dass Labour einen glaubwürdigen Plan hat, wie es besser werden kann.

2. Die Behauptung die soziale Heimatpartei zu sein, stützt sich letztlich auf ein Polit-Konzept: Der Diskriminierung aller nicht schon lange hier lebenden Menschen. Die Reichen werden reicher, der Rest der Bevölkerung wird aufeinandergehetzt und ethnische Herkunft soll dabei einen Vorteil bringen. Dieses Muster kann die FPÖ auch in einer Regierung aufrecht halten. Die Debatte um die Mindestsicherung ist ein Paradebeispiel dafür. Im ersten Schritt wird geschrien »Österreich zuerst«, im zweiten Schritt wird auf Kosten aller Armen, egal welcher Herkunft, gekürzt. Hat die Regierungsbeteiligung der FPÖ im Burgenland die FPÖ bloßgestellt und die Kürzung der Mindestsicherung verhindert? Oder behauptet jetzt die ganze Landesregierung, dass eine Deckelung der Mindestsicherung der sozialen Gerechtigkeit dient? Die konkrete Erfahrung macht nicht wirklich Lust auf mehr.

3. Rot-Blau setzt die ÖVP in etwa so unter Druck, wie die Errichtung von Grenzzäunen die Ungarn zur Aufnahme von Flüchtlingen gezwungen hat – gar nicht. Druckaufbau setzt voraus, dass mit einem Partner mehr Gemeinsamkeiten vorliegen als mit dem anderen. Das ist aber, Stichwort Wirtschaftsprogramm, ein Trugschluss. Wahr bleibt immer nur eins: Mit einer schwarz-blauen Mehrheit können ÖVP und FPÖ uns erpressen, solange wir mit aller Macht in die Regierung wollen – und keine Mehrheit jenseits von ÖVP und FPÖ haben.

4. Als gelernte SJ'lerin kommt mir das Argument irgendwie bekannt vor. Ich habe es als ganz junges Mitglied 2008 gehört, als wir nach der »Es reicht«-Wahl der ÖVP die Große Koalition fortgesetzt haben. Ich habe es 2013 gehört, als wir schon wieder ein Regierungsübereinkommen geschlossen haben, in dem von der Reichensteuer, die wir im Wahlkampf gefordert hatten, nicht die Rede war. Schlimmeres verhindern. Kleineres Übel. Ein paar Verbesserungen umsetzen. Besser als nichts. Nur nicht Opposition. Willst du etwa Schwarz-Blau?

Nein, will ich nicht. Ich will aber auch nicht bitter lachen müssen, wenn ich Rainer Nikowitz' Satire-Kolumne im Profil lese, in der er unsere Parteigranden über Rot-Blau streiten

und Josef Cap auf Michael Häupls Frage, ob nicht Opposition eine Möglichkeit wäre, fiktiv antworten lässt: »Nicht solange wir noch eine Großmutter zum Verkaufen haben.«

Die Positionierung als Partei des kleineren Übels hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Sozialdemokratie heute mit ihrer Glaubwürdigkeit kämpft und ihr inhaltliche Beliebigkeit unterstellt wird. Der Plan A kann, bei aller Kritik, als Versuch verstanden werden, die SPÖ wieder als Partei mit Programm zu positionieren. Aber um ernst genommen zu werden, muss man klotzen, nicht kleckern. Es braucht die große Vision und die Ansage es umzusetzen, nicht die Schere im Kopf und die Ansage, eh auch mit der Hälfte oder was völlig anderem zufrieden zu sein. Ich sehe in der Opposition nichts grundsätzlich Unehrenhaftes und auch keine Katastrophe. Eine gute Opposition kann manchmal mehr erreichen als eine schlechte Regierung. Nein, es gibt keinen Grund für Oppositions-Nostalgie. Aber jede Glaubwürdigkeit für ein paar Regierungsämter zu verspielen, ist auch kein Gewinn.

## DIE MORALISCHE DIMENSION

Roland Fürst hat in seinem Beitrag beklagt, die Rot-Blau-Debatte werde moralisch tabuisiert. In meinen Augen ist derzeit das Gegenteil der Fall. Moral wird als politische Kategorie so lächerlich gemacht, dass es geradezu als neuer kategorischer Imperativ gilt, durch sein Handeln jede Moral über Bord zu werfen. Die mannigfaltigen Querverbindungen der FPÖ und ihrer Mandatare zu rechtsextremen Gruppen wird mit dem Argument vom Tisch gewischt, dass die »Nazi-Keule« nicht funktioniert.

Aber darum geht es gar nicht. Es geht nicht um Keulen. Ablehnung von Rassismus und Menschenhetze ist für mich keine Frage politischer Opportunität und auch keine moralische Selbsterhöhung. Es geht um die eigenen Werthaltungen, die wir vermitteln. Denn die als Politikberaterin tätige Neurolinguistin Elisabeth Wehling hat Recht: Über die moralisch-ideologischen Prämissen der eigenen politischen Vorschläge zu sprechen, ist die Voraussetzung dafür, auch zu überzeugen. Es geht um die Grundhaltungen, die wir mit unserer Politik vermitteln, um die Frames, um die Bilder, in die sich unsere Sachvorschläge einfügen. Wer nun eine Gesellschaft will, die alle Menschen mitnimmt und niemanden zurücklässt, und gleichzeitig eine Partei, die das Land spalten will und gegen Menschen hetzt als Regierungspartner ansieht, vermittelt das Bild einer gespaltenen Persönlichkeit. Nimmt man den nun beschlossenen Kriterienkatalog ernst,

so müsste die Rot-Blau-Debatte also eigentlich erledigt sein. Dass sie das nicht ist, zeigt eines: Dass einige in unserer Bewegung die eigenen inhaltlichen Ansagen selbst nicht ernst nehmen. Und genau darin liegt das Problem.

### KEINE LÖSUNG, SONDERN SYMPTOM

Die Debatte um Rot-Blau ist daher keine Lösung, sie ist ein Symptom des Problems der Sozialdemokratie, das uns seit zehn Jahren jeden Wahlsieg verbaut: Das Denken im (angeblichen) »kleineren Übel«. Im Fehlen jedes offensiven Programms und der Überzeugung, gewinnen zu können. Es ist die zynische Verinnerlichung der ständigen Wahlniederlage und der Hoffnung, durch ständiges Nachgeben trotzdem ein Stück der Macht behalten zu können. Ein kluger Mann hat einmal gesagt: »Menschen brennen für Grundsätze, nicht für Kompromisse.« Alle haben ihm applaudiert. Jetzt ist der Moment gekommen, diesen treffenden Satz mit Leben zu erfüllen.

Was mich in dieser Debatte aber am meisten emotionalisiert: So weit sind wir gar nicht. Die Situation nach dem 15.10. auf die Option Opposition oder Rot-Blau zu reduzieren, das heißt auf Deutsch übersetzt, den Kampf verloren zu geben, bevor er begonnen hat. Warum sollten wir das tun?

ÖVP und FPÖ starten mit harten Ansagen zum Sozialabbau in diesen Wahlkampf. Jede Regierungsformation in Europa, die das in den letzten zehn Jahren getan hat – und auf entschlossenen Widerspruch gestoßen ist –, wurde bei den Wahlen vernichtend geschlagen. Sebastian Kurz hat fast zeitgleich mit Theresa May diese Neuwahlen ausgelöst. Und viel spricht dafür, dass er ein ähnliches Schicksal erleiden könnte wie sie, die in sieben Wochen Wahlkampf einen 20%-Vorsprung verspielt hat. Dafür müssen wir endlich die politische Auseinandersetzung beginnen. Wir müssen nicht uns und die FPÖ von Rot-Blau überzeugen, sondern die WählerInnen für ein Projekt der sozialen Veränderung gewinnen.

### GESTALTUNGS- UND SIEGESWILLE


Jeremy Corbyns Labour Party hat in sieben Wochen 16 Prozentpunkte gutgemacht. Gelingt der SPÖ (mit Grünen und NEOS) in 17 Wochen nur die Hälfte davon, ist die Mehrheit von ÖVP und FPÖ weg. Ich weiß, viele belächeln das als unrealistisch. Aber wer hätte auch nur einen Penny darauf gesetzt, dass Theresa May ihre Mehrheit gegen Jeremy Corbyn verspielt? Eine Mehrheit jenseits von ÖVP und FPÖ ist machbar, davon bin ich überzeugt. Christian Kern ist ein äußerst at-

traktiver Spitzenkandidat. Aber niemand gewinnt eine Wahl alleine. Wir brauchen dafür eine andere Perspektive, als sie in der Rot-Blau-Debatte dominiert.

Mir wurde vor einigen Tagen von einem Zeitungsherausgeber konstatiert, die Vertreterin von Jeremy Corbyns Ideen in Österreich zu sein. Das ist wohl leider zuviel der Ehre. Aber tatsächlich meine ich, dass wir uns von Corbyns Wahlkampf einiges abschauen können. Seine Kampagne hat Hunderttausende mobilisiert, weil sie eine klare Vision hatte, die Vision eines Landes, das den himmelschreienden Ungerechtigkeiten eines globalisierten Kapitalismus eine hoffnungsvolle, sozialdemokratische Alternative gegenüberstellt: 250 Mrd. öffentlicher Investitionen in die Infrastruktur, eine Million neuer Wohnungen, kostenloses Schulesen, die Beseitigung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, mehr Rechte für ArbeitnehmerInnen, eine bessere Unterstützung kleiner Unternehmen, eine umfassende Pflegeversicherung, mehr Geld und Personal für Schulen und Spitäler. Corbyn hat auf die Sorgen und Ängste meiner Generation eine glaubwürdige, in sich schlüssige Antwort gegeben. Keine Antwort der Spaltung und der Ausgrenzung, wie es die Rechten von May bis Kurz, wie es die Rechtsextremen, von Farage, Le Pen bis Strache tun. Keine Antwort in (bestenfalls) leeren Symbolen und Sprüchen, wie Emanuel Macron. Sondern eine Antwort der Hoffnung, des radikalen sozialen Wandels zum Besseren.

Die mit dem Kriterienkatalog beschlossenen Koalitionsbedingungen der SPÖ sind, wie dem Papier zu entnehmen ist, keine vollständige Liste, sie kann in den nächsten Monaten noch erweitert werden. Die SPÖ wird noch weitere Vorschläge machen und machen müssen, um ein umfassendes Alternativprogramm zur Wahl zu stellen: Von Mietpreissenkung und Wohnbau über den Schutz von Arbeiterkammern und Kollektivverträgen. Vom Ausbau der Ganztags- und der Umsetzung der Gesamtschule bis hin zu einer umfassenden Pflegeversicherung. Von der Einkommenstransparenz bis hin zum Ausbau eines öffentlichen Arbeitsmarkts nach dem Vorbild der Aktion 20.000. Wenn der Kriterienkatalog kein taktisches Manöver sein, sondern die Wahldebatte auf eine programmatische Ebene bringen soll, dann müssen wir jetzt den ganzen Weg gehen! Nehmen wir die sozialen Probleme und uns selbst ernst und legen wir echte Alternative vor. Alle die, deren Vision sich darauf beschränkt, sich mit Rot-Blau in die Regierung zu schwindeln, sollen sich einen Ruck geben: Nehmen wir den Kampf für eine soziale Umgestaltung auf. Haben wir den Mut, an die Veränderung zu glauben und den



Zynismus auch in unseren eigenen Herzen zu besiegen. Dafür brauchen wir unsere ganze Kraft. Dafür brauchen wir unsere ganze Glaubwürdigkeit. Dafür brauchen wir kein Anbandeln mit der FPÖ, im Gegenteil: Wir brauchen eine hoffnungsvolle Alternative zu Kurz und Strache! 

**JULIA HERR**

ist Vorsitzende der Sozialistischen Jugend.

# Auf dem »Dritten Weg« bis ans Ende der Sozialdemokratie?

**Wolfgang Edel Müller zeichnet** im ersten Teil seines Textes die wirtschaftstheoretischen Grundlagen des »Dritten Wegs« als »Trittbrettfahrerin des Neoliberalismus« mit Blick auf Finanz- und Arbeitsmärkte nach. Im zweiten Teil, der in ZUKUNFT 07/2017 erscheinen wird, beschäftigt er sich mit den politischen Auswirkungen dieses Konzepts und den Alternativen zu den Auflösungserscheinungen der europäischen Sozialdemokratie.

**D**er »Dritte Weg« ist die sozialdemokratische Trittbrettfahrervariante des Neoliberalismus.<sup>1</sup> Das marktradikale Regulierungskonzept des Neoliberalismus ist als tragfähiges Akkumulationsregime des postfordistischen Finanzkapitalismus<sup>2</sup> allerdings spätestens mit der globalen Finanzmarktkrise 2007/08 und ihren Folgen (»Große Rezession«, »Eurokrise«, »Staatsschuldenkrise«) endgültig gescheitert. Das Scheitern bezieht sich nicht allein auf die zunehmende soziale Krise der westlichen Industrie- und Dienstleistungsgesellschaften. Sie war zwar seit der »monetaristischen Wende« in der Wirtschaftspolitik am Übergang von den der 1970er- zu den 1980er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts (»Thatcherismus«, »Reaganomics«, »Mehr privat, weniger Staat«) andauernd virulent. Und sie hat sich in Form von Massenarbeitslosigkeit, Arbeitseinkommensverlusten, wachsender Verteilungsungleichheit und erkennbaren Verarmungstendenzen sowie dem beschleunigten Abbau von sozialen und demokratischen ArbeitnehmerInnenrechten auch kontinuierlich ausgebreitet. Aber diese krisenhafte Entwicklung reflektiert durchaus das vorhersehbare Ergebnis der konsequent betriebenen neoliberalen Transformation des Kapitalismus. Das Scheitern bezieht sich auch und vor allem auf die von der us-Subprime-Krise ausgelöste »Kernschmelze« (George Soros), die ohne das entschlossene und akkordierte Einschreiten der primär betroffenen Souveräne (USA und Euroland) zu einem sicheren Zusammenbruch des Weltfinanzsystems mit unabsehbaren Folgen geführt hätte. Das neoliberale Akkumulationsregime hat sich für den finanzmarkt-dominierten Kapitalismus selbst als ruinös erwiesen. Dieses vermeintlich optimale Regulierungssystem nach den hegemonialen Maßstäben der »freien Marktwirtschaft« hat den liberalen Kapitalismus zum staatlichen Rettungsfall deroutiert.

## FINANZ- UND ARBEITSMÄRKTE

Spätestens seit dem nur mehr durch massive Staatsinterventionen (»bail-out«) aufhaltsamen Crash des globalen Finanzkapitalismus musste zumindest in den sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften Klarheit darüber herrschen, dass die Annäherung der Sozialdemokratie an die wirtschaftspolitischen Standards des liberalen Kapitalismus ein Irrweg ist. Vor seinen Folgen hatten auch viele, in den wissenschaftlichen Denk- und Forschungstraditionen der ArbeiterInnenbewegung ausgewiesene KritikerInnen rechtzeitig, aber zumeist vergeblich gewarnt. Die Illusion des »Dritten Weges« (Anthony Giddens), wie sie im linken Orbit von den Clintons, Blairs und Schröders in die Welt gesetzt wurde (z. B. »Schröder-Blair-Papier«), besteht in der sozialdemokratischen Adaption der liberalistischen Vorstellungen über den Zweck staatlicher Regulierung. Sie diene im Grunde nur dazu, den vorwiegend als vorteilsorientierte Wirtschaftssubjekte (»homo oeconomicus«) wahrgenommenen Individuen den Weg in die freien Märkte zu ebnen, wo der ungehinderte Wettbewerb für die besten aller denkmöglichen Wohlfahrtslösungen (»paretooptimales Marktgleichgewicht«) sorgen wird. Und damit treten zwei Gruppen von Märkten, die im wachstumsdynamischen Industriekapitalismus noch der rigorosen Funktionalisierung des fordistischen Akkumulationsregimes unterworfen waren, ins Zentrum der wirtschaftspolitischen Strategien des Neoliberalismus: die Finanzmärkte und die Arbeitsmärkte.

Für die an Einfluss gewinnenden Finanzmärkte ist Deregulierung das oberste Ziel. Den dadurch krisenanfälliger werdenden Arbeitsmärkten wird das funktionsentsprechende Pendant in Form von Flexibilisierung verordnet. Womit in

der typischen Art des ökonomischen Liberalismus die fundamentalen Unterschiede dieser Märkte in einem simplifizierenden und gleichmacherischen Marktuniversalismus eingegeben werden. Denn Finanzmärkte sind selbst nicht wertschöpfungs-fähige Extraktionsmärkte. Der innovative Wettbewerb ihrer Akteure richtet sich auf die maximale Aneignung der Wertschöpfung des realwirtschaftlichen Sektors (»Privatisierung«, »Finanzialisierung«). Arbeitsmärkte sind hingegen die Quellmärkte der wirtschaftlichen Wertschöpfung. Die Arbeitskräfte als natürliche Wertschöpfungsbasis<sup>3</sup> trachten nach sozialen Schutzmechanismen gegen den latent existenzgefährdenden Zugriff der finanzwirtschaftlichen Extraktoren auf die reale Wertschöpfung, die in den industrie- oder dienstleistungsorientierten Arbeitsprozessen entsteht. Auch wenn es im heutigen Mittelschichtstaumel der Gleichförmigkeit nicht mehr angesagt ist, in den entscheidenden Unterschieden dieser beiden Markttypen schlummert der alte und unabweisbare ökonomische Konflikt zwischen (Finanz-)Kapital und Arbeit, der im Kapitalismus nicht aufgehoben, aber wirtschafts- und gesellschaftspolitisch moderiert werden kann.

## FINANZMÄRKTE ALS REGULATOREN

Die Moderationsform des »Dritten Weges« sieht für die Finanzmärkte die starke Rolle des staatlichen Regulators vor, der für Transparenz, Sicherheit und Wettbewerbsgleichheit unter den MarktteilnehmerInnen sorgen soll. Für die Arbeitsmärkte steht auf der Ebene der kollektiven Tarifautonomie die Zurückdrängung überbetrieblicher und zentraler Lohnfindungsprozesse zugunsten einzelbetrieblicher und individueller Verhandlungswege auf der Agenda. Ergänzt wird dieses Programm durch die öffentliche Förderung der personalen Wettbewerbsfähigkeit der Arbeitskräfte, um einen forcierten Markteintritt in Form von flexiblen Beschäftigungsverhältnissen zu ermöglichen. Das sozialdemokratische Element dieser Moderation ist der Schutz der massenhaft aus den Mittelschichten andrängenden FinanzmarktteilnehmerInnen (»Gläubigerschutz«, »Konsumentenschutz«) und die erhoffte Steigerung der Beschäftigung der unselbständigen ErwerbseinkommensbezieherInnen durch gezielte Befähigung zur flexiblen Anpassung an die Arbeitsmarkterfordernisse. Aber neoliberale Deregulierung und Flexibilisierung bedeutet keineswegs »Regellosigkeit«, schon gar nicht in der Form der sozialdemokratischen Moderation des »Dritten Weges«, sondern die Durchsetzung von Regulierungsstrategien auf den Finanz- und Arbeitsmärkten, die vorwiegend der Steigerung der individuellen Wettbewerbsfähigkeit mit den damit verbundenen Wohlfahrtserwartungen dienen sollen.

So verfolgt beispielsweise das detailliert ausgebaute Basel-II-Regulierungsregime im Bankensektor den Zweck, die dem Gläubigerschutz und der Finanzmarktstabilität dienenden quantitativen und qualitativen Eigenkapitalerfordernisse an den stochastisch ermittelten Risikoprofilen von Einzelportfolien auszurichten (»mikroprudentielle Regulierung«). Dagegen wird bewusst vermieden, in die Entwicklung der Portfoliokonfiguration, der darin enthaltenen Produktvielfalt und deren Ausdehnungsumfang (»Geschäftsmodell«) steuernd einzugreifen, die bei Erfüllung der scheinbar risikoadäquaten Eigenmittelanforderungen gänzlich dem freien Wettbewerb überlassen werden. Zusammen mit der mangelhaften Regulierung der Schattenbanken (»Hedge Fonds«, »Investmentbanken«) entsteht auf diese Weise eine sektorübergreifende, sich selbst verstärkende Spekulationsdynamik der Finanzmärkte (»Blasenbildung«), die infolge der vielfältigen Verflechtungen der globalen Finanzindustrie zu einer Bedrohung des gesamten Finanzsystems ausarten kann. Und im akuten Fall der Finanzmarktkrise 2007/08 haben sich wenige Anlassereignisse schließlich auch zum Crash beschleunigt, der nur mehr mühsam eingedämmt werden konnte.

## FLEXIBILISIERUNG DER ARBEITSMÄRKTE

Auf den Arbeitsmärkten sind die regulatorischen Eingriffe zur angebotspolitischen Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen besonders massiv. Die arbeits- und sozialrechtlichen Schutznormen werden sukzessive gelockert, verändert oder einfach geschliffen. Beispielsweise werden die (auch dem Berufs- und Entgeltschutz dienenden) Zumutbarkeitsbestimmungen für Arbeitssuchende hinaufgesetzt und mit dem teilweisen Entzug von versicherungsrechtlich organisierter Arbeitslosenunterstützung sanktioniert. Oder es wird der Kündigungsschutz verschlechtert, um den Unternehmen eine flexiblere Disposition über ihre Arbeitskräfte (»hire and fire«) zu ermöglichen. Eine für Unternehmen verbesserte Verfügbarkeit über ihre Belegschaften soll auch von der Arbeitszeitflexibilisierung ausgehen. Besonders krass sind manche Eingriffe in die kollektiven Lohnfindungsprozesse, wobei in den einschlägigen »Reformgesetzen« die zentralen Verhandlungsformen mit ihren überbetrieblichen Tarifvertragsabschlüssen (»Flächen- oder Branchenkollektivverträge«) zu Gunsten dezentraler Betriebsvereinbarungen (»Öffnungsklauseln«) oder individualisierter Arbeitsverträge (z. B. »All-in-Verträge«) aufgesplittet werden. Es soll buchstäblich »um jeden Preis« (Lohn) gearbeitet werden müssen. Wobei die Arbeitstarife zunehmend weniger von der gewerkschaftlichen Macht zentralisierter ArbeitnehmerInnenkollektive bestimmt werden sollen, sondern immer mehr

von den gewinnorientierten Einzelinteressen der Unternehmen. Und schließlich werden die neuen Formen atypischer Beschäftigung, einschließlich der Teilzeitarbeit, gleich auf minimalistische Schutznormen reduziert, womit prekären Arbeitsbeziehungen mit unauskömmlicher Entlohnung (»working poor«) Tür und Tor geöffnet werden.

Das fast zwanghafte Aufbrechen der institutionalisierten Arbeitsmärkte wird als »Strukturreformen« beschönigt. Sie zerstören die institutionellen Strukturen von Arbeitsmärkten, die im demokratischen Kampf um ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte gewachsen sind. Und auf denen die kollektive Verhandlungsmacht zentral organisierter Gewerkschaften im besten Fall in einer Art »Gleichgewicht der Klassenkräfte« (Otto Bauer) der in den Unternehmerverbänden konzentrierten Macht des wirtschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln »auf Augenhöhe« gegenübertritt, um einen angemessenen (vielleicht sogar »gerechten«) Anteil der ArbeitnehmerInnen an der wirtschaftlichen Wertschöpfung einzufordern. Die schrittweise Transformation dieser Arbeitsmärkte in freie und atomisierte Wettbewerbsmärkte verschiebt die sozialen Kräfteverhältnisse zu Lasten der ArbeitnehmerInnen und verringert deren Chance auf eine gleichrangige Beteiligung an den von ihnen erarbeiteten Produktivitätsgewinnen. Zum Ausgleich wird mit erhöhtem öffentlichem Mitteleinsatz nach den Methoden von »workfare«, »flexicurity«, »fordern und fördern« usw. der individuellen Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Arbeitskräfte nachgeholfen, um deren Arbeitsmarktintegration zu auskömmlichen Löhnen nach Kräften zu unterstützen. Wer trotz dieser bemühten Maßnahmen keine angemessenen Berufschancen wahrnehmen kann, profitiert von einer Mindestlohngesetzgebung, mit der gleichzeitig die Lohnverhandlungskompetenz der Tarifparteien teilweise ausgehebelt wird. Und wenn alle Stricke reißen, dann springt die sozialstaatliche Versorgung auf armutsverwaltendem Mindestsicherungsniveau subsistenzerhaltend ein.

Die mit dieser Arbeitsmarktreform verbundene Erwartung des sozialdemokratischen »Dritten Weges« ist nichts weniger als angebotspolitisch angeschobene Vollbeschäftigung mit ausgeprägten, beschäftigungsfördernden Lohndifferenzialen, deren Armutsanfälligkeit am unteren Ende durch sozialpolitische Sicherungsmaßnahmen aufgefangen wird. Die deutsche Sozialdemokratie hat im Rahmen der »Agenda 2010« unter Rot-Grün dieses arbeitsmarktpolitische Konzept (»Hartz IV«) beispielhaft durchexerziert. Mit einem gleichermaßen ausgedehnten wie intensiv subventionierten Niedriglohnssektor

wurde ein permanenter Lohndruck auf den regulären Arbeitsmärkten aufgebaut, der in einer allgemeinen Lohnzurückhaltung (»Lohnmoderation«) seinen Niederschlag gefunden hat. Dadurch konnte man sich zwar preisliche Wettbewerbsvorteile für die deutsche Exportindustrie (»innere Abwertung«) mit der Folge hoher Ausfuhrüberschüsse verschaffen (»neomerkantilistisches Wachstumsmodell«), sodass die damit verbundenen Wachstumsimpulse auch eine graduelle Annäherung an das Vollbeschäftigungsziel ermöglichen. Aber gleichzeitig wurden zu Lasten der deutschen Handelspartner wegen der aus den geringen Lohnzuwächsen resultierenden Importschwäche (»beggar thy neighbour« in Form von Arbeitslosigkeitsexport) Zahlungsbilanzungleichgewichte erzeugt, die das Stabilitätsfundament der Eurozone erschüttern.

## ABKEHR VON SOZIALDEMOKRATISCHEN PRINZIPIEN

Die Sozialdemokratie hat auf ihrem »Dritten Weg« mit der sozialpolitisch ausgestalteten Übernahme der neoliberalen Strukturreformkonzepte für den Arbeitsmarkt einen doppelten Bruch mit der emanzipatorischen Vorstellungswelt der ArbeiterInnenbewegung vollzogen. Es wurden implizit die angebotstheoretischen Grundannahmen der liberalen Arbeitsmarktlehre akzeptiert, wonach das Beschäftigungsniveau einer Volkswirtschaft nicht durch die erwartete Güter- und Dienstleistungsnachfrage bestimmt wird, sondern von der Höhe der Reallöhne abhängt. Sie muss mit der technisch determinierten Grenzproduktivität der Arbeit ins Gleichgewicht gebracht werden, was Anpassung der Arbeitskräfte an die Produktivitätserfordernisse und Flexibilität der Löhne voraussetzt. Dadurch wird die menschliche Arbeitskraft zur formbaren Ware, die sich für den Wettbewerb auf preisflexiblen Gleichgewichtsmärkten eignet. Der Arbeitsmarkt kann ökonomisch wie jeder andere Markt (Güter-, Dienstleistungs- oder Finanzmarkt) erfasst werden.

Diesen marktuniversalistischen Zugang hat aber die kritische Ökonomie in der ArbeiterInnenbewegung aus demokratischen Beweggründen stets zurückgewiesen. Denn in den Lohnfindungsprozessen auf den Arbeitsmärkten werden nicht beliebige Warenpreis verhandelt, sondern es wird mit den Löhnen über die wirtschaftliche und soziale Wohlfahrt der arbeitenden Menschen entschieden, deren Arbeitskraft die eigentliche Quelle der wirtschaftlichen Wertschöpfung darstellt. Es gibt keine Produktion von nützlichen Gebrauchswerten ohne den Einsatz von Arbeitskraft in welcher Form auch immer! Dieser Zusammenhang begründet den Anspruch auf soziale und demokratische ArbeitnehmerInnenrechte.<sup>4</sup> Der

Dreh- und Angelpunkt der Wohlfahrt der ArbeitnehmerInnen sind daher die Institutionen des organisierten Arbeitsmarktes, die sich auf einen demokratischen Grundrechtskatalog aus Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, Streikrecht und Tarifautonomie stützen. Mit der Bildung von Gewerkschaften als effektive Gegenmacht zur wirtschaftlichen Eigentumsmacht des (Finanz-)Kapitals, das sich selbst in Marktverbänden zusammenschließt, wird nicht »Marktgesezen« zum Durchbruch verholfen, sondern der politischen Demokratie (»Die Macht der Vielen«) zur Sicherung der wirtschaftlichen Teilhabe der arbeitenden Bevölkerung der Weg bereitet. Der Stand der Gewerkschaftsrechte ist deshalb auch stets ein sensibler Gradmesser für die Qualität der politischen Demokratie. Für die marktradikalen Neoliberalen ist der organisierte Arbeitsmarkt hingegen der Sündenfall wider die »freie Marktwirtschaft« schlechthin, worin sich auch der Gegensatz zwischen ökonomischem Liberalismus und politischer Demokratie (politischer Liberalismus, liberale Demokratie) manifestiert. Daher finden die (markt)radikalen Liberalen zumeist auch keinen übereinstimmenden Zugang zur politischen Demokratie, deren selbstbestimmte Verhandlungs- und Entscheidungsprozesse ihnen grundverdächtig erscheinen, zumal daraus zwangsläufig systematische Verstöße gegen die »Marktgeseze« resultieren.

### **WETTBEWERBSILLUSION AM ARBEITSMARKT**

Die Behandlung der Arbeitsmärkte als Wettbewerbsmärkte, deren »fallout« an struktureller Arbeitslosigkeit angebotspolitisch mit Maßnahmen zur Erhöhung der Anpassungsflexibilität bekämpft wird, ist ein Fall von krasser Wettbewerbsillusion. Sie beruht auf der absurden (laut Duden: »dem gesunden Menschenverstand völlig fernen«) Annahme von Wettbewerbsgleichheit unter den MarktteilnehmerInnen. Diese erreicht man durch die Konstruktion von verhaltenstypischer Einheitlichkeit wirtschaftlicher Wahlhandlungen, um den Preismechanismus als universales Entscheidungsverfahren etablieren zu können. Demnach wissen die Akteure der Angebotsseite eines Marktes immer ganz genau, zu welchem Preis, in dem ihre individuellen Präferenzen gebündelt sind, sie ihre Ware oder Dienstleistung verkaufen wollen. Dasselbe gilt vice versa für die Akteure der Nachfrageseite. Bei Übereinstimmung der Preisvorstellungen, die durch den Wettbewerb erreicht wird, werden die angebotenen bzw. nachgefragten Transaktionen zu identen Preisen (»Gleichgewichtspreisen«) vollzogen.

Auf die Arbeitsmärkte übertragen bedeutet dies, dass die Arbeitskräfte (»ArbeitnehmerInnen«) genau wissen, zu wel-

chem Lohn (Preis) sie arbeiten wollen, und die Unternehmer (»ArbeitgeberInnen«) ebenso genau wissen, welchen Lohn (Preis) sie für die Beschäftigung von Arbeitskräften zahlen wollen. Dahinter verbirgt sich ein nutzen- und produktionstheoretisch begründetes Vorteilskalkül. Es eröffnet den Arbeitskräften eine freie Wahl der Widmung ihrer verfügbaren Zeit zwischen den Mühen der entlohnten Arbeitszeit und dem Vergnügen der lohnverwendenden Freizeit. Und es erschließt gleichzeitig den Unternehmern bei gegebenem Stand der Technik ihrer realen Kapitalgüter die Kenntnis über die gewinnmaximale Grenzproduktivität als Determinante der Reallohnhöhe für die Beschäftigung eben dieser Arbeitskräfte. Unter diesen gleichgeschalteten Verhaltensvoraussetzungen führt der freie Wettbewerb immer zur optimalen Allokation aller verfügbaren Ressourcen zu den bestmöglichen Marktpreisen. Womit der universalen Gleichbehandlung aller Märkte, egal ob Arbeits-, Güter- oder Finanzmärkte, nichts mehr im Wege steht. (Und womit mit ein paar weiteren, realitätseinschränkenden Annahmen die ultima ratio der liberalen Marktwirtschaftslehre, das allgemeine und paretooptimale Preisgleichgewicht, konstruiert werden kann.)

Natürlich existiert in der wirtschaftlichen Realität auf keinem der Märkte von vorne herein Wettbewerbsgleichheit, sondern in aller Regel fundamentale Asymmetrien zwischen den MarktteilnehmerInnen auf der Angebots- wie auf der Nachfrageseite, die in der Informationsökonomik für Waren- und Dienstleistungsmärkte in spezifischer Weise auch wissenschaftlich erforscht wurden. Auf den Arbeitsmärkten lassen sich diese grundlegenden Unterschiede an Hand des Gegensatzes zwischen dem Erwerbszwang der Arbeitskräfte und dem Verwertungszwang der (Finanz)Kapitalinvestoren beleuchten. Selbst wenn man (wie vielfach in der liberalen Ökonomie) die beiden Seiten des Arbeitsmarktes im Sinne der Portfoliotheorie als gleichrangige Vermögenseinheiten betrachtet, bleiben diese Unterschiede bestehen. Das Vermögen der Arbeitskräfte (Vermögensbesitz: »Humankapital«) besteht in der zweckbestimmten Verausgabung ihrer Fähigkeiten zur Herstellung nützlicher Gebrauchswerte gegen existenzsichernde Entlohnung, die selbst wieder Voraussetzung zur Aufrechterhaltung dieser Fähigkeit ist. Die Arbeitskräfte unterliegen daher einem unbedingten Erwerbszwang, um die Subsistenz ihres Arbeitsvermögens zu sichern. Der Lohn als Entgelt für abgeleistete Arbeitszeit ist daher nicht nur die Mittelbeschaffung für das Vergnügen der abgefeierten Freizeit, sondern materielle Existenzgrundlage der lebendigen Arbeitskraft, um überhaupt Arbeitsleistungen gegen Entlohnung erbringen zu können. Die

drohende Krise der physischen Subsistenz (»Lebenshaltung«) setzt der Reallohnflexibilität Grenzen, die allenfalls durch soziale Sicherungsmaßnahmen (z. B. »Kombilohn«) erweitert werden können.

Zwar unterliegen auch die Investoren (Vermögensbesitz: »Finanz- und/oder Realkapital«) einem systemischen Verwertungszwang, um über die Rentabilität ihrer Investments den Preis für die Bereitstellung von (Finanz)Kapital verdienen zu können. Aber die Verwertungsbedingungen sind variabel und hängen vom Nachfragezustand der relevanten Märkte ab. Die Investoren haben daher eine tatsächliche Wahl, wie sie über die Variation von Vermögensformen und deren Rentabilitätsansprüche ihr Finanz- oder Realvermögen sichern, die den Arbeitskräften nicht zur Verfügung steht. In extremis gesprochen, wer Finanzvermögen hat, kann es verwerten oder verbrauchen, wer nur Arbeitsvermögen hat, muss es erhalten, um es verbrauchen zu können.

### AUSTERITÄTSPOLITIK VERSTÄRKT DEN SOZIALEN ABSTIEG

Werden die Arbeitsmärkte auf der fiktionalen Basis der liberalen Arbeitsmarkttheorie reorganisiert und flexibilisiert, ist der »run-to-the-bottom« in einen armutsexponierten Niedriglohnsektor mit einem wachsenden, subsistenzbedrohten Prekariat unaufhaltsam. Dieser Abwärtstrend ist umso stärker, je massiver Austeritätspolitik betrieben wird, um die Staatsquote als dominante Komponente der effektiven Gesamtnachfrage zu Gunsten des Privatsektors zurückzudrängen. Austeritätspolitik liegt im Interesse des deregulierten Finanzsektors, weil seine ungehinderte Jagd nach hohen Renditen, die sich in der aggressiven Extraktion der Wertschöpfungsergebnisse durch Privatisierung und Finanzialisierung manifestiert, in der steuerprivilegierten Ausdehnung des privatwirtschaftlichen Produktions- und Dienstleistungssektors (»Mehr privat, weniger Staat«) am besten aufgehoben ist. Der Neoliberalismus bietet daher auch das wirtschaftsideologische Einfallstor für Austerität als fiskalpolitisches Dauerregime. Ideengeschichtlich im liberalen »Nachtwächterstaat« verankert, konnte sie sich über die Propagierung einer pathologischen Schuldenphobie<sup>5</sup> allmählich politisch etablieren. Demnach geht die höchste Bedrohung einer Volkswirtschaft von der Staatsverschuldung aus, die durch ihre »crowding-out«-Effekte auf den Kapitalmärkten das dynamische Wachstum der privaten Wirtschaft behindere und langfristig geradewegs in die Unleistbarkeitsfalle führe. Es droht entweder der Staatsbankrott oder die untragbare Abwälzung der Schuldendienstbelastung auf künftige Generationen.


Das ist zwar ökonomisch betrachtet ein kruder Unsinn, weil in einer dynamischen Geldwirtschaft (»monetären Produktionswirtschaft«) Verschuldung ein finanzierungsrelevantes Grundelement der wirtschaftlichen Entwicklung darstellt, verfangt aber in der über die liberalen Wirtschaftsmedien hergestellten breiten Öffentlichkeit wegen der ebenso bedrohlichen wie falschen Analogie zu den Verpflichtungen des privaten Schuldners. Ein privater Schuldner muss als individueller Haftungsträger bei Verlust seiner Solvenz den Bedienungspflichten stets pünktlich nachkommen und daher seine Schulden samt Zinsen vereinbarungsgemäß zurückzahlen.

Ein funktionierendes Staatswesen zahlt seine Schulden hingegen nie zurück, sondern refinanziert bei Fälligkeit durch die Aufnahme von neuen, allenfalls verändert konditionierten Schulden. Ein funktionierendes Staatswesen mit einer souveränen Währung bestimmt überdies auch völlig autonom die Höhe und Art seiner Verschuldung, weil es durch das über die Zentralbank ausgeübte staatliche Geldmonopol die in eigener Währung denominierten Verbindlichkeiten jederzeit tilgen (»monetisieren«) kann. Womit gleichzeitig die dauerhafte Solvenz des souveränen Staates gesichert ist. Und er kann durch die Zinssteuerungskompetenz seiner Zentralbank sogar die Budgetbelastung aus dem laufenden Zinsendienst positiv beeinflussen.

Damit dieses geldpolitische Potenzial souveräner Währungssysteme nicht zum Vorschein treten oder gar fiskalpolitisch aktiviert werden kann, wird der aus dem Monetarismus stammende inflationshysterische Popanz der staatlichen »Gelddruckmaschine« abgerufen<sup>6</sup> und die Zentralbank durch regulatorische Selbstbeschränkungen (»Regierungsunabhängigkeit«, »Staatsfinanzierungsverbot«) eingeehgt. Dadurch kann die Disziplinierung der Fiskalpolitik von den steuerhoheitlich zuständigen, demokratisch gewählten Parlamenten an die deregulierten Finanzmärkte ausgelagert werden, die durch ihre spekulativen Wetten (z. B. »Credit Default Swaps«) Kosten und Limite der Staatsverschuldung mitbestimmen können. Dagegen hilft zur Sicherung der souveränen Schuldnerbonität dann nur mehr ein fiskalpolitisches Austeritätsregime, das die Komponenten der effektiven Gesamtnachfrage einer Volkswirtschaft zu Gunsten des extraktionsbereiten privaten Sektors verschiebt. Die daraus resultierende Reduktion der Staatsschulden soll in aller Regel durch eine Kombination aus restriktiver Ausgabenpolitik und Erhöhung der Massensteuern erreicht werden.

Die Auswirkungen der staatsbudgetären Austeritätspolitik schlagen auf die flexibilisierten Arbeitsmärkte mit voller Wucht durch. Mit der restriktiven Budgetpolitik zur Eindämmung der staatlichen Verschuldung wird die Gesamtnachfrage eingeschränkt, was zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit mit entsprechenden Einkommensverlusten beiträgt. Der multiplikative Einkommenskreislauf evoziert in der Folge Erwartungsunsicherheit über die künftige Nachfrageentwicklung, die zur Investitionszurückhaltung im Privatsektor führt. Allmählich sinkendes Wirtschaftswachstum dämpft das Steueraufkommen, wodurch die budgetären Einsparungsziele verfehlt werden.

Das »Sparparadoxon« zwingt zur Fortsetzung und Verschärfung der ausgabenseitigen Restriktionsmaßnahmen, die zunehmend die staatlichen Sozial- und Investitionsbudgets erfassen. Und es wird versucht, die sinkenden Steuereinnahmen durch Anhebung der aufkommensintensiven Konsumsteuern zu kompensieren. Die Volkswirtschaft wird in einen deflationären Dauerzustand manövriert, der entgegen dem primären Ziel der Austeritätspolitik die öffentliche Verschuldung anwachsen lässt. Hingegen werden durch die realwirtschaftlichen Folgen der Austeritätspolitik die Flexibilisierungseffekte auf den Arbeitsmärkten massiv beschleunigt. Wachsende Arbeitslosigkeit, sinkende Verhandlungsmacht der Gewerkschaften, weggesparte Sozialtransfers und wegfallende arbeitsrechtliche Schutznormen erhöhen den Wettbewerbsdruck zwischen den ArbeitnehmerInnen um das eingeschränkte Arbeitsplatzangebot gewaltig. Die Löhne beginnen allgemein zu sinken, die Tarifunterschiede zwischen den Berufsgruppen zu steigen und die soziale Unsicherheit wird Bestandteil eines freiheits-einschränkenden Wettbewerbsklimas, das seinen Zweck der erzwungenen Anpassungsbereitschaft allmählich erfüllt. Der freie Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten führt geradewegs in die Unfreiheit der drohenden existenziellen Not.

Der Neoliberalismus zeigt sein autoritäres Erscheinungsbild nirgends so deutlich wie auf den zwangsflexibilisierten Arbeitsmärkten. Und das wachsende Prekariat empfindet das auch genau so. Dass die Sozialdemokratie diese Politik mitvertreibt, kann daher politisch nicht folgenlos bleiben. 

1. Nicht zu verwechseln mit dem oft synonym verwendeten Ordoliberalismus der Freiburger Schule, den Alfred Müller-Armack zur »sozialen Marktwirtschaft« weiterentwickelt hat.
2. Im Sinne von Antonio Gramsci »Theorie des historischen Blocks«, die eine plausible Erklärung für die historisch wandelbaren Formationen der kapitalistischen Akkumulation bietet. In der geschichtlichen Abfolge lässt sich damit an Hand der regulatorischen Akkumulationsmerkmale die Unterscheidung zwischen »fordistischem Industriekapitalismus« und »postfordistischem Finanzkapitalismus« gut begründen.
3. Im Sinne einer »qualitativen Arbeitswertlehre«, die anerkennt, dass Wertschöpfung immer Arbeit bedeutet. Und zwar unabhängig davon, wie die nominelle Bewertung und Verteilung der allein durch Arbeitskräfte hergestellten Gebrauchswerte im Wirtschaftskreislauf erfolgt
4. Aus einer sozialistischen Perspektive begründet dieser Zusammenhang sogar den Anspruch der arbeitenden Bevölkerung auf das Wertschöpfungsergebnis, wobei aber auch in einer auf demokratischer Mitbestimmung beruhenden Selbstverwaltungswirtschaft die Probleme der einzelwirtschaftlichen Produktivitätsunterschiede und somit das Verteilungsproblem samt dem Problem der investiven Sicherung und dynamischen Entwicklung des produktivitäts- und wachstumsentscheidenden Kapitalstocks auf demokratische und solidarische Weise gelöst werden muss. Nach Lösung dieser Probleme wurde in der österreichische Sozialisierungsdebatte gesucht (vergl. dazu: Erwin Weisell, Die Ohnmacht des Sieges. Arbeiterschaft und Sozialisierung nach dem Ersten Weltkrieg in Österreich, 1976).
5. Wissenschaftlich verbrämt wird dieses Phänomen in der Ökonomie (von Hayek ausgehend) als »Ricardo-Effekt« umschrieben. Demnach führt die Ausweitung der Staatsverschuldung zur Finanzierung von öffentlicher Nachfrage zu steigenden Zinsen (infolge begrenzter Verfügbarkeit von Ersparnissen = »loanable funds«), die wegen erhöhter Rentabilitätsanfordernisse die private Investitionsnachfrage dämpfen, weil arbeitsintensive Produktionsmethoden mit geringerem Kapitalgüterinsatz wirtschaftlicher werden. Außerdem erahnen die Investoren, dass der Verschuldung die Budgetsanierung durch Steuererhöhung folgen wird, sodass sie wegen der antizipierten Steuerbelastung der erwarteten Gewinne erst recht keine private Investitionserhöhung vornehmen. Das führt zu dem abstrusen und erfahrungswidersprüchlichen Umkehrschluss, dass primär Austeritätspolitik durch die positiven Zins- und Gewinnsteuereffekte genügend Vertrauen zur Steigerung der privaten Investitionsbereitschaft schafft.
6. Wegen der währungsgeschichtlichen Erfahrung, die mit Hyperinflation, Währungsumstellung und Ersparnisverlust verbunden ist, findet dieses Bedrohungsgefühl in Deutschland besonders viel Resonanz und hat zur Etablierung der restriktiven »deutschen Stabilitätskultur« wesentlich beigetragen.

**WOLFGANG EDELMÜLLER**

ist Ökonom und lebt in Wien und im Waldviertel.

**BRUCE  
DAVIDSON**  
WESTLICHT



**Wales, 1965**  
© Bruce Davidson / Magnum Photos





# »Eine andere Welt ist pflanzbar«

**Stephan Schimanowa entwickelt** aus der Sicht eines Jugendarbeiters Überlegungen zur gesellschaftlichen Veränderung und wie eine veränderungswillige Politik davon profitieren könnte.

In einem Workshop für Jugendliche im Rahmen eines arbeitsmarktpolitisch-sozialpädagogischen Programms thematisiere ich die Befreiung des KZ Mauthausens und die Kapitulation Nazideutschlands. Wir lesen gemeinsam den Schwur der ehemaligen KZ-Häftlinge, diskutieren über die scheinbar akzuelle Notwendigkeit eines starken Mannes als Führer Österreichs und über die großen Probleme unseres Landes. Die angenommenen Bedrohungsszenarien durch Terror, Flüchtlinge und Migrant\*innen sind massiv. Die Diskussion ist äußerst kontrovers. Dann stelle ich die Frage nach ihren Lebensträumen: »Wie wollt ihr leben, was ist euer Traum?« »Ich will gut und in Freiheit leben können!« »Ich will eine Gesellschaft, in der niemand zurückbleibt!« »Ich will in einem Land leben, in dem jeder eine Chance bekommt!« »Ich will eine Gesellschaft, die mich so nimmt wie ich bin!« »Ich wünsche mir Wohlstand und Sicherheit!« Es wird berührend, als wir die Hoffnungen und Sehnsüchte der ehemaligen KZ-Häftlinge, die ihm Mauthausen Schwur zum Ausdruck gebracht werden, mit ihren Träumen vergleichen. »Die wollen eigentlich das Gleiche wie wir!«

## AN DIE GROSSEN ERZÄHLUNGEN WIRD NICHT MEHR GEGLAUBT

Sieben von zehn Jugendlichen und jungen Erwachsenen bezeichnen laut Jugendforschung die heutige Jugendgeneration als verunsichert. Die am häufigsten genannten Schlagworte, mit denen Jugendliche u.a die eigene Generation beschreiben, sind angepasst und planlos. Nur knapp jede/r Vierte hofft darauf, einmal ein besseres Leben zu haben als die Elterngeneration und eine große Mehrheit der Jugendlichen ist der Ansicht, dass ihre Generation unter den Fehlern der heutigen Politik in Zukunft leiden wird. Der gegenwärtige Befund der Jugendforschung ist dramatisch und der Blick in die Zukunft ebenso. Das Aufbegehren der Jugendgeneration

gegen gesellschaftspolitische Ungerechtigkeiten und Fehlentwicklungen ist out. Statt der »großen Weigerung« zählt für sie »mitmachen, so gut es eben geht«. An die großen Erzählungen des gesellschaftlichen Fortschritts wird nicht geglaubt. Für die sog. Zukunftsmilieus, den »Digitalen Individualist\*innen« und die »Adaptiv-Pragmatischen«, ist vielmehr »der eigene, unmittelbare, konkrete Vorteil innerhalb der kleinen Gemeinschaften bzw. im eigenen Netzwerk« relevant. Die eigene Selbstverwirklichung durch das Leben der persönlichen sozialen und gesellschaftlichen Verantwortung ist absolutes Minderheitenprogramm.

## ANGEKOMMEN IN DER ABSTIEGSGESELLSCHAFT

Gerade durch die Finanz- und Wirtschaftskrise ist offensichtlich geworden, dass unsere Gesellschaft von einer Aufstiegs- zu einer Abstiegs-gesellschaft geworden ist. »Die Mehrheit der Menschen hat heute das Gefühl, sich auf einer rasant nach unten fahrenden Rolltreppe zu befinden und die Position nur durch das permanente Anlaufen gegen die Fahrtrichtung halten zu können. Wer nur kurz stehenbleibt, fährt ungebremst in die sozialen Tiefen des entkoppelten Prekariats«, schreibt Bernhard Heinzlmaier. Im europäischen Vergleich zeichnet sich Österreich zwar nach wie vor durch eine eher geringe Jugendarbeitslosigkeit aus. Trotz dieser Tatsache sind auch in Österreich gerade Jugendliche von wirtschaftlichen Krisen stärker betroffen. Besonders besorgniserregend ist, dass Jugendliche vermehrt vom Status »weder in Ausbildung, Beschäftigung noch in Training« betroffen sind. Die oben erwähnten Jugendliche sind konkret Betroffene. So hat der sog. NEET-Status nicht nur negative volkswirtschaftliche Auswirkungen, sondern bedeutet für Jugendliche das Fehlen jeglicher Erfahrung von Selbstwirksamkeit und der Umsetzung von sinnstiftenden Lebenszielen.

»Wir können keine Zukunft sehen, wir können keine Utopie finden«, analysiert Michael Ende, Autor der »Unendlichen Geschichte« und »Momo« Anfang der 80er Jahre des vorherigen Jahrhunderts die größte Herausforderung seiner Zeit. Die Worte Endes sind angesichts des oben dargelegten Befunds prophetisch. »Mir scheint es lebensnotwendig, überlebensnotwendig, dass man sich – sei es politisch, sei es im kulturellen, sei es auf wirtschaftlichen Gebiet – ein positives Bild von der Welt machen kann, in der man leben möchte.« Denn letztendlich kann uns nur die Vision einer besseren Zukunft, ein positives Bild von der Welt in der wir leben möchten, zur der Veränderung motivieren, die es dringend braucht.

## **DAS PRINZIP HOFFNUNG**

Kehren wir zurück zu den Jugendlichen, die ich im Rahmen der arbeitsmarktpolitisch-sozialpädagogischen Maßnahme kennen lernen konnte. Schulabbrüche, Gewalt und Mobbing, Aufenthalte in der Psychiatrie, Existenzängste und Ausgestoßensein bestimmen ihr bisheriges Leben. Ein spezifisches arbeitsmarktpolitisches Projekt für sog. NEET Jugendliche gibt ihnen seit langer Zeit erstmals Hoffnung. »Ich hätte mir nie vorstellen können, dass es einen Ort geben könnte, an dem ich, so wie ich bin, einen Platz finde«, so ein Teilnehmer, der von schweren Depressionen und Ängsten gebeutelt ist und aktuell als arbeitsunfähig gilt. »Der Affekt des Hoffens geht aus sich heraus, macht die Menschen weit, statt sie zu verengen«, schreibt Ernst Bloch in seinem berühmten Werk »Das Prinzip Hoffnung«.

Für Ernst Bloch ist die Hoffnung das bestimmende Merkmal einer aufstrebenden Gesellschaft, das Fehlen von Hoffnung hingegen ein Symptom des Niedergangs. »Einzig in Zeiten einer niedergehenden alten Gesellschaft, (...) läuft eine gewisse partielle und vergängliche Intention nur abwärts. Dann stellt sich bei denen, die aus dem Niedergang nicht herausfinden, Furcht vor die Hoffnung und gegen sie. Dann gibt sich Furcht als subjektivistische, Nihilismus als objektivistische Maske des Krisenphänomens des erduldeten, aber nicht durchschauten, des beweinten, aber nicht gewendeten«. Ist die Welt wie wir sie kennen also noch zu retten? Können wir die erduldeten und beweinten Welt noch wenden, oder gibt es keinen Ausweg aus der Krise, die sich in der gesellschaftspolitischen Hoffnungs- und Zukunftslosigkeit widerspiegelt?

## **»ES KOMMT DARAUF AN, DAS HOFFEN ZU LERNEN«**

Die oben erwähnten Jugendlichen zeigen, dass die Situation nicht hoffnungslos ist und Sehnsucht auf gesellschaftliche

Veränderungen gerade auch in der Krise vorhanden sind. So ist der Befund der Jugendforschung zwar erhellend, aber der Blick in die Zukunft nicht hinnehmbar. »Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen«, ist Ernst Blochs Antwort auf den gesellschaftlichen Niedergang und er fordert bezugnehmend auf Karl Marx eine Philosophie der Hoffnung. »Erwartung, Hoffnung, Intention auf noch un-gewordene Möglichkeit: das ist nicht nur ein Grundzug des menschlichen Bewusstseins, sondern, konkret berichtet und erfasst, eine Grundbestimmung innerhalb der objektiven Wirklichkeit insgesamt.« Auf dieser Grundbestimmung gilt es aufzubauen.

»Ich will gut und in Freiheit leben können!« »Ich will eine Gesellschaft, in der niemand zurück bleibt!« »Ich will in einem Land leben, in dem jeder eine Chance bekommt!« »Ich wünsche mir Wohlstand und Sicherheit!« »Ich will eine Gesellschaft, die mich so nimmt wie ich bin!« Selbstwirksamkeit, soziale Sicherheit, Solidarität, individuelle Freiheit und Anerkennung sind die artikulierten Wünsche der Jugendlichen in dem oben genannten Projekt. Sie müssen über ihre Hoffnungen und Träume nicht nachdenken, sie brechen regelrecht aus ihnen heraus. Es ist fast so, als würden sie, wie Martin Buber es ausdrückt »dem aus sich Werdenden« lauschen, ein erster Schritt, die Veränderungen die es dringend braucht, auf den Weg zu bringen.

## **WER KANN DIE HOFFNUNG TRAGEN?**

Ein Blick auf die Jugend-Sinus-Milieus ermöglicht die Identifizierung zweier scheinbar widersprüchlicher Gruppen, die aus meiner Sicht jedoch gerade deshalb zum Motor der gesellschaftlichen Veränderung werden könnten. Nicht die sogenannten Zukunftsmilieus der »Digitalen Individualist\*innen« und »Adaptiv-Pragmatischen«, sondern die Postmaterialist\*innen und Hedonist\*innen tragen das Potential möglicher gesellschaftspolitischer Veränderungen in sich. Die Postmaterialist\*innen, weil sie sich bereits gegen den Zeitgeist stellen und Materialismus und Konsum sehr kritisch sehen, und die Hedonist\*innen, da sie, aus benachteiligten Schichten kommend, zwar extrem konsumbezogen agieren, sich den Werten des Mainstreams jedoch grundsätzlich verweigern und hautnah erleben, dass die Gesellschaft in ihrem jetzigen Zustand keine Zukunft wird haben können.

## **»EINE ANDERE WELT IST PFLANZBAR«**

Im Zuge eines Projekts zur Verschönerung von Baumscheiben, durchgeführt von Jugendarbeiter\*innen mit Besucher\*innen eines Jugendtreffs, malen Jugendliche ein Schild mit der Aufschrift »Eine andere Welt ist pflanzbar«. Es ist ein Spruch aus

einer gleichnamigen Filmreihe zur Vorstellung von Gemeinschaftsgärten in der ganzen Welt. Es wird darüber diskutiert, wie der Spruch gemeint sein könnte. Gemeinsam mit den Jugendarbeiter\*innen setzen sich die Jugendlichen mit der Veränderung ihrer eigenen Lebensumgebung auseinander und übernehmen Verantwortung zur Verschönerung ihrer Straße. In der Studie »Jugendpolitik goes Sinus« des Bundesministeriums für Familien und Jugend definiert Bernhard Heinzlmaier die Offenen Jugendarbeit als primäres jugendpolitisches Angebot für die sogenannten Hedonist\*innen. Spannend ist, dass hier die beiden oben genannten potentiellen Veränderungsmilieus zusammenfinden, denn die Jugendarbeiter\*innen sind durchaus mehrheitlich dem Milieu der Postmaterialist\*innen zuzuordnen. Durch das Zusammentreffen der beiden Milieus kann die Offene Jugendarbeit zu einem potentiellen Ort des Hoffens im Sinne Ernst Blochs werden.

### VERÄNDERUNG IM KONKRETEN

Offene Jugendarbeit versteht sich als sozialräumliches Angebot. Sie arbeitet mit Personen an konkreten Orten. Ausgangspunkt ist die Prämisse, dass es Menschen oder Sozialitäten (soziale Bewegungen, Gruppen) sind, die Räume und Orte gestalten und konstituieren. Ansatzpunkt ist daher immer die Arbeit mit Subjekten. Persönliche Beziehungen zu den Nutzer\*innen stehen im Vordergrund des Handelns. Die Offenen Jugendarbeit involviert die konkret betroffenen Jugendlichen vor Ort in Gestaltungs- und Veränderungsprozessen. Lebensräume und -welten werden so gemeinsam verändert, sei es durch die Gestaltung von Baumscheiben, durch Beteiligungsprozesse bei der Planung von öffentlichen Räumen oder bei der Implementierung außerschulischer Bildungsangebote im Grätzl. Jugendliche, die sonst von der Welt nichts erwarten, erlernen im Sinne Blochs das Hoffen durch das Erleben gestalterischer Selbstwirksamkeit. »Eine andere Welt ist pflanzbar« im ganz Konkreten.

### REALE VERHÄLTNISSE AUF DEN KOPF STELLEN

Die Beziehung zwischen Jugendarbeiter\*in und Jugendliche ist auf den ersten Blick keine gleichwertige. Auf Grund von Altersunterschied, Erfahrung, Ausbildung, gesellschaftlicher Einflussmöglichkeit und sozioökonomischer Hintergrund ist der/die Jugendarbeiter\*in den Nutzer\*innen der Angebote der Offenen Jugendarbeit in ihrer Wirksamkeit und Macht überlegen. Der lateinamerikanische Philosoph Enrique Dussel stellt in seiner Philosophie der Befreiung dieses ungleiche Verhältnis auf den Kopf. Um die Rolle einer Jugendarbeiter\*in im Sinne gesellschaftlicher Veränderung ausüben zu können,


muss er/sie zur Schüler\*in der Jugendlichen werden und lernen, die gesellschaftspolitischen Herausforderungen aus ihrer Sicht zu verstehen. »Alles im Licht des unterbrechenden Wortes des Volkes denken, des Armen, der kastrierten Frau, der kulturell beherrschten Kinder und Jugendlichen, der durch die Konsumgesellschaft alleingelassenen alten Menschen, in unendlicher Verantwortlichkeit und vor dem Unendlichen, das ist Philosophie der Befreiung«, schreibt Dussel. Nur mit der Perspektive der Jugendlichen können auch die Jugendarbeiter\*innen Machtstrukturen tatsächlich hinterfragen, und werden so gemeinsam mit den Nutzer\*innen fähig, gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben.

### UND WIE KANN EINE VERÄNDERUNGSWILLIGE POLITIK DAVON PROFITIEREN?

Die (Partei-)Politik erreicht das Milieu der Hedonist\*innen, aber auch das der Postmaterialist\*innen kaum mehr. Aus Sicht der beiden Milieus repräsentiert diese vielmehr die gesellschaftliche Elite, die teils äußert aggressiv abgelehnt wird. Und doch ist es gerade die Offene Jugendarbeit, die eine Brücke zwischen einer veränderungswilligen Politik und den genannten Milieus schlagen kann. Für die Politik gilt in diesem Zusammenhang jedoch das Gleiche wie für die Jugendarbeiter\*innen. Sie muss von den Jugendlichen lernen, gesellschaftliche Herausforderungen aus der Sicht der Betroffenen zu verstehen und zu formulieren. Es sind die Sehnsüchte und Hoffnungen der Jugendlichen, die dabei als Orientierungspunkte dienen müssen, denn diese zeigen, dass »überlebensnotwendige« gesellschaftliche Veränderungen warten ins Leben gebracht zu werden. Gerade die Sozialdemokratie als Reformbewegung hätte dabei die Aufgabe, das gestalterische Engagement der Jugendlichen aus dem Sozialraum hinaus zu tragen und den Blick über das Konkrete auf das Grundsätzliche zu ermöglichen.

### VOM KONKRETEN ZUM GRUNDSÄTZLICHEN

»Was hilft mir eine schöne Baumscheibe, wenn ich keinen Job finde?« »Nichts, aber sollte deshalb Dein Grätzl vergammeln?« ist die saloppe Antwort eines Jugendarbeiters auf die provokante, aber berechtigte Frage eines Jugendlichen. Im Prinzip haben beide recht, die Frage des Jugendlichen harrt jedoch einer dringenden Antwort, denn jegliche Erfahrung von gestalterischer Selbstwirksamkeit würde verpuffen, wenn diesem keine konkrete Lebensperspektive geboten werden kann, denn »gelebt werden muss jetzt und heute«, wie Günther Nenning es treffend auf den Punkt bringt. Die konkrete Erfahrung der gestalterischen Selbstwirksamkeit ermöglicht

jedoch, das Grundsätzliche zu thematisieren. »Eine andere Welt ist pflanzbar, aber warum will sie keiner?« »Weil wir kein Bild davon haben, wie diese andere Welt sein könnte, aber was glaubst Du, wie sie ausschauen soll?« So bleibt die entscheidende Frage nach den Träumen der Jugendlichen und den positiven Bildern von der Welt, in der wir leben wollen, verbunden mit dem Wunsch Ernst Blochs: »Möchten die Tagträume also wirklich voller werden, (...), heller, unbeliebiger, bekannter, begriffener und mit dem Lauf der Dinge vermittelte. Damit der Weizen, der reifen will, befördert und abgeholt werden kann!« 

### STEPHAN SCHIMANOWA

ist stv. Geschäftsführer und Pädagogischer Leiter eines Vereins der Aufsuchenden Jugendarbeit in Wien, Leiter eines arbeitsmarktpolitisch-sozialpädagogischen Projekts für sog. jugendliche NEETs in St. Pölten und Co-Sprecher die AG Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Österreichischen Gesellschaft für Soziale Arbeit.

---

### LITERATUR:

Ernst Bloch: Das Prinzip Hoffnung; Erster Band; Suhrkamp; Frankfurt a. M., 1959 | Enrique Dussel: Herrschaft und Befreiung; Freiburg/Schweiz 1985 | Michael Ende, Erhard Eppler, Hanne Tächl: Phantasie/Kultur/Politik. Protokoll eines | Gesprächs; hockebooks gmbh Pos. 17 (E-Book) | Robert Misik: Christian Kern – Ein politisches Porträt; Salzburg – Wien, 2017 | [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/img/Gedenktag/GO\\_3.1\\_Schwur.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/img/Gedenktag/GO_3.1_Schwur.pdf) | [http://www.integral.co.at/downloads/Presstext/2016/06/Presstext\\_Sinus\\_Milieu\\_Jugendstu-Jun\\_2016](http://www.integral.co.at/downloads/Presstext/2016/06/Presstext_Sinus_Milieu_Jugendstu-Jun_2016) | [https://www.tfactory.com/media/orig/Buchbesprechung\\_Die\\_Abstiegs-gesellschaft\\_Bernhard\\_Henzlmaier.pdf](https://www.tfactory.com/media/orig/Buchbesprechung_Die_Abstiegs-gesellschaft_Bernhard_Henzlmaier.pdf) | <https://www.bmfj.gv.at/dam/jcr:442ed293-2fba-49e3-a3be-3a03dde704cf/Sinus%20Studie%20-%20HP.pdf> | <http://www.ifil.org/dussel/textos/b01/09pp161-168.pdf>





**BRUCE  
DAVIDSON**  
WESTLICHT

**East 100th Street, Harlem, New York, 1966–1968**  
© Bruce Davidson / Magnum Photos

# Das Wunder von Islington

**Jeremy Corbyn ist** das Udenkbare gelungen: Er hat in knapp zwei Monaten fast 20-Prozent-Rückstand aufgeholt, die konservative Mandatsmehrheit gebrochen und Labour zur stimmenstärksten sozialdemokratischen Partei Europas gemacht. Während Theresa May nun um ihr politisches Überleben kämpft, sitzt Corbyn fester im Sattel, als seinen innerparteilichen GegenerInnen lieb ist – und bereitet sich auf baldige Neuwahlen vor. Ludwig Dvořák analysiert Ursachen und Perspektiven des Wahlausgangs.

**A**ls Theresa May vor zwei Monaten vorgezogene Neuwahlen ankündigte, bezweifelte niemand, auch nicht der Autor dieser Zeilen, dass der Urnengang am 8. Juni mit einer deutlichen konservativen Mandatsmehrheit enden werde. Das Brexit-Referendum hatte zwar den konservativen Premierminister David Cameron ins Aus befördert, mit dem Einschwenken der Tories auf das politische Programm der UKIP war aber zu erwarten, dass die Regierungspartei auch die rechten Stimmen absorbieren und durch das britische Mehrheitswahlrecht zusätzlich begünstigt werde.

Demgegenüber hatte der Ausgang des Referendums die politischen Probleme der Labour Party nochmals verschärft. Wie alle sozialdemokratischen Parteien Europas kämpfte sie nach 20 Jahren blairistischer Politik mit dem Zerfall jener WählerInnenkoalition, die Voraussetzung für Mehrheiten bei Wahlen sind: Während die urbanen Mittelschichten der britischen Metropolstädte überwiegend für einen Verbleib in der EU gestimmt hatten, hatten die ehemaligen nordenglischen Industriestädte pro Brexit votiert. Angesichts des sozialen Zerfalls der britischen Gesellschaft waren migrationsfeindliche Parolen der Rechten auf fruchtbaren Boden gefallen.

Das Brexit-Referendum bot dem Labour-Parteiestablishment auch einen Vorwand für den Versuch, den 2015 von den Mitgliedern überraschend an die Parteispitze gewählten Jeremy Corbyn wegzuputschen. Der Großteil seiner Schattenregierung trat zurück, um ihn zum Aufgeben zu zwingen, die Parlamentsfraktion sprach ihm mit 172:40 Stimmen das Misstrauen aus. Als die Parteibasis, trotz des Versuchs eine Viertel-million neu beigetretene Mitglieder von der Wahl auszuschließen, Corbyn mit 62% gegen seinen Herausforderer Owen Smith im Amt bestätigte, fachte das die destruktiven Energien der blamierten Parlamentsfraktion nur noch weiter an.

## QUERSCHÜSSE AUS DEN EIGENEN REIHEN

Bis wenige Tage vor der Wahl standen Abgeordnete bei den Medien Schlange um zu Protokoll zu geben, dass angesichts der katastrophalen Umfragen die Wahlen verloren seien. Als sich die Umfragen besserten, äußerten sie sich auch darüber empört und bestritten wütend, dass Corbyn das bewirken könnte. Besonderen Gefallen fanden die Tory-freundlichen Medien am Werbebrief einer Labour-Abgeordneten an WählerInnen ihres Wahlkreises, in dem sie erklärte, die Menschen hätten mehr Vertrauen in May als in Corbyn. Als Jeremy Corbyn nach dem Terroranschlag in Manchester die wohl größte, und in den sozialen Medien sehr erfolgreiche, Rede dieser Kampagne hielt, suchte man in den Twitter-Accounts der führenden Mitglieder der Corbyn-feindlichen Parlamentsfraktion, von Chuka Umunna bis Yvette Cooper, vergeblich jeden Hinweis darauf, dass eine solche Rede überhaupt stattgefunden hatte. Noch zwei Wochen vor der Wahl befeuerte Blairs früherer Stabschef Chris Powell Gerüchte über die Gründung einer neuen Zentrumspartei nach der erwarteten Wahlniederlage Corbyns.

## DAS KONSERVATIVE KALKÜL

Das Kalkül der Konservativen schien vor diesem Hintergrund vielversprechend zu sein: Über den Umweg der UKIP hoffte sie darauf, viele WählerInnen der demoralisierten ArbeiterInnenklasse für sich zu gewinnen und so auch in traditionellen Labour-Hochburgen – von Wales bis zum Nordosten Englands – Wahlkreise zu holen. Dafür setzte die konservative Wahlkampfstrategie exklusiv auf zwei Themen: Einerseits den Brexit (und die damit assoziierten Migrations-Obergrenzen), den May ohne Störung durch die »Brexit-Saboteure« im Unterhaus notfalls auch ohne Abkommen mit der EU durchziehen wollte. Und andererseits die Führungsqualitäten, bei denen Mays »starker und stabiler« Regierungsstil, dem angeblichen



unzuverlässigen Chaotentum des in seiner eigenen Partei umstrittenen Labour-Parteichefs gegenübergestellt werden sollte.

## LABOUR DEFINIERTE WAHLKAMPFTHEMEN UM

Doch diese Strategie begegnete schon in den ersten Wochen erheblichen Schwierigkeiten. Thematisch wich Labour der großen Brexit-Konfrontation aus: Das Ergebnis des Referendums sei anzuerkennen. Labour werde aber der Beschäftigung den Vorrang gegenüber heuchlerischen Migrationsobergrenzen geben. Diese Position reflektierte zum einen, dass auch rund die Hälfte der Remain-WählerInnen zwischenzeitlich den Brexit als hinzunehmendes Faktum betrachteten, zum anderen nahm es dem Thema einen Großteil seiner Brisanz.

Gleichzeitig erschütterten die ersten öffentlichen Auftritte der Parteiführer die konservative Erzählung von der »starken und stabilen« Premierministerin und vom unzuverlässigen, unfähigen Oppositionschef. Während May jede öffentliche Konfrontation verweigerte und nur vor ausgewähltem Publikum auswendig gelernte Stehsätze abspulte, trat Corbyn vor immer größeren Menschenmengen auf und genoss sichtlich die Gespräche mit WählerInnen.

Trotz einer durchgehend feindseligen Medienlandschaft gab Labour im Laufe des Monats Mai zunehmend die Themen vor. Diese Wahl handelte immer weniger von Brexit und Migration und immer mehr von dem Großbritannien, in dem die WählerInnen leben wollen. Corbyn stellte dem konservativen Britannien einer durch Ungleichheit zerfallenden Gesellschaft eine hoffnungsvolle Alternative gegenüber. Die Vorschläge des Labour-Wahlprogramms wurden von den auflagenstärksten Zeitungen als »Krieg gegen den Kapitalismus« und »Rückkehr in die 70er-Jahre« verrissen und Corbyn und sein Schatten-Schatzkanzler als Bewohner des »roten Planeten« lächerlich gemacht. Aber sie brachten die durch und durch klassisch-sozialdemokratischen Vorschläge (vgl. ZUKUNFT 05/2017) in die öffentliche Debatte. Und während die Titelseiten gegen Corbyn hetzten, strömten Zehntausende, von Southampton bis Leeds, von Hebden Bridge bis Wirral zu Corbyns Wahlkampfveranstaltungen und bejubelten ihn wie einen Popstar. Seine Forderungen erwiesen sich durch die Bank als populär: Von der Abschaffung der Studiengebühren, kostenlosem Schulesen, der Erhöhung des Mindestlohns und einem Ausbau von ArbeitnehmerInnenrechten, über den Bau einer Million neuer Wohnungen, einem öffentlichen Investitionsprogramm, mehr Personal in Spitälern und bei der Polizei, einer Pflegeversicherung und der Verstaatlichung der

Eisenbahn und der Post bis hin zur Erhöhung der Unternehmenssteuern und der Einkommenssteuer für Spitzenverdienende zur Finanzierung seiner Programme. Das Thema Migration war in Corbyns Wahlkampf keines. Er beschränkte sich darauf, das Faktum festzustellen, dass mit der EU-Mitgliedschaft auch die Personenfreizügigkeit ende und dies ein »faireres und transparentes« Migrationssystem erforderlich mache. Was das genau heißt, ließ er offen, betonte aber gleichzeitig die Ablehnung »unehrlicher Obergrenzen«. Statt markiger Sprüche gegen Einwanderung versprach das Labour-Wahlprogramm den Schutz vor Ausbeutung migrantischer Arbeit und den Ausbau sozialer Dienste (Schulen, Kindergärten, etc.) in Gegenden mit hoher Zuwanderung.

## ERZWUNGENE FEHLER

Darauf schienen die Konservativen völlig unvorbereitet zu sein. Sie hatten sich offenbar darauf verlassen, dass Labour im Chaos versinken werde, während May mit chauvinistischen Sprüchen zum Wahlsieg marschiere. Aber nun tauchten immer mehr Fragen zum Zustand des nationalen Gesundheitssystems, zur Ungleichheit in der Gesellschaft etc. auf und Mays Weigerung, mit Corbyn im Fernsehen zu debattieren erschien zunehmend nicht als Demütigung Corbyns, sondern als Akt der Feigheit. Ein Wendepunkt des Wahlkampfes war zweifellos Mays U-Turn in der Frage des Pflegeregresses. Das konservative Wahlprogramm sah vor, auch Wohneigentum zur Finanzierung von Pflegeleistungen heranzuziehen, ein Vorhaben, das auch die Tory-freundlichen Medien als »Demenzsteuer« bezeichneten. May kündigte hastig an, es werde Obergrenzen geben, ohne diese zu beziffern. In einer Pressekonzferenz zu diesem Thema am 22. Mai machte sie eine blamable Figur, von »strong and stable« war keine Spur mehr. Viele Corbyn-kritische BeobachterInnen führen den Wahlausgang auf diese Fehler Mays zurück. Zweifellos wäre die beispiellose Aufholjagd ohne die Fehler der Konservativen nicht denkbar gewesen. Doch gleichzeitig wären sie nie zum Vorschein gekommen, wenn Labour nicht die Themen dieses Wahlkampfes neu definiert und so Pflege überhaupt erst in die nationale Debatte geholt hätte.

## DEM TERROR GETROTZT

Doch die wirkliche Bewährungsprobe für Corbyns Kampagne sollte der furchtbare Terroranschlag in Manchester am 22. Mai werden. Einen Monat lang hatte Corbyn den Wahlkampf auf seinem Terrain geführt. Nun zwang ihm die Terrororganisation IS, die sich zum Anschlag bekannte, das Sicherheitsthema auf. Für Corbyn stellte das mehrfach ein Problem dar:

Als langjähriger Friedens- und Bürgerrechtsaktivist war er bereits davor Zielscheibe konservativer Angriffe gewesen, er sei zu schwach, um Großbritannien zu verteidigen; Theresa May hatte eine Gelegenheit, sich als »starke Führerin« zu beweisen; Und nicht zuletzt traten die konservativen Fehlritte in der Sozialpolitik in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung.

Corbyn setzte alles auf eine Karte und nahm am 25. Mai in einer großen Rede Stellung zu den Ereignissen, deren Schlüsselstellen auszugsweise hier zitiert werden sollen: »... Wir haben in den letzten Tagen wohl alle ein bisschen mehr über unser Land, unsere Mitmenschen, unser Zusammenleben nachgedacht. Über die Menschen, die wir durch diesen entsetzlichen Gewaltakt verloren haben, von denen viele herzerreißend jung waren; Über die Menschen in den Blaulichtorganisationen, die uns schützen und versorgen, die unserem Land alle Ehre gemacht haben..., die uns nie im Stich lassen und die es sich verdienen, dass wir ihnen jede Unterstützung geben. Und über die Menschen, die in dieser furchtbaren Nacht ihr Bestes gegeben haben, um zu helfen: Die Obdachlosen, die am Ort des Gemetzels zu den Sterbenden geeilt sind, um sie zu trösten; die Taxifahrer, die die Gestrandeten kostenlos transportiert haben; die BewohnerInnen der Stadt, die ihre Wohnungen für Teenager geöffnet haben, die ihre Eltern nicht finden konnten. Das sind die Menschen von Manchester... Diese Menschen sind das Herz und Rückgrat unserer Gesellschaft. Sie sind das Land, das wir lieben... Das ist die Solidarität, die das Vereinigte Königreich definiert. Das ist das Land, das ich jeden Tag auf der Straße erlebe: Die menschliche Wärme, der Anstand, die Güte. Es ist unser Mitgefühl, das das Britannien ausmacht, das ich liebe. Und es ist das Mitgefühl, das die betroffenen Familien dringend brauchen... Die scheußlichen Verbrechen dieser Terroristen werden unsere Gesellschaft nicht spalten... Um das klarzustellen: Der Mann, der das Massaker in Manchester verübt hat, spricht ebenso wenig für den Islam, wie der Mörder von Jo Cox für irgendjemand anderen gesprochen hat...

In den letzten Jahren ist die Bedrohung durch den Terrorismus gestiegen... Sie sollen wissen, dass eine Labour-Regierung Ihre Sicherheit und die Sicherheit Ihrer Familie wahren wird. Dafür braucht es Veränderung in unserer Innen- und Außenpolitik. Wir werden die Kürzungen bei der Polizei und im Gesundheitsdienst zurücknehmen. Austerität muss vor Ambulanzen und Polizeiwachzimmern Halt machen. Unsere Sicherheit und Pflege gibt es nicht zum Nulltarif... Unter

Labour wird es mehr Polizei auf der Straße geben... Wir werden aber auch unsere Außenpolitik ändern. Viele ExperteInnen, auch aus unseren Geheim- und Sicherheitsdiensten, haben den Zusammenhang zwischen den Kriegen, die unsere Regierung führt... und dem Terrorismus aufgezeigt...«

Diese Rede ist deshalb so bemerkenswert, weil sie die Ereignisse aus den derzeit in Europa gängigen Erklärungsrahmen herauslöst und in einen neuen, in einen sozialdemokratischen Deutungszusammenhang stellt. Während May eine Woche später als Reaktion auf das Londoner Attentat im europäischen Trend »den Islam« verantwortlich machte und die Einschränkung der Menschenrechte forderte, um den Terrorismus zu bekämpfen, verzichtete Corbyn auf jede markige Ansage dieser Art, zu denen sich andere sozialdemokratische Parteiführer wahrscheinlich veranlasst gesehen hätten. Corbyn verurteilte das Verbrechen aufs Schärfste, aber er stellte nicht »Law-and-order«-Parolen, sondern einen anderen Teil der Geschichte ins Zentrum: Mitgefühl und Solidarität als nationale britische Tugenden, fehlende PolizistInnen und Krankenschwestern als Symbol einer von den Konservativen kaputtgesparten Gesellschaft und Krieg nicht als Antwort, sondern als Mitursache des Terrorismus und der Unsicherheit.

Niemand konnte wissen, ob diese Kommunikationslinie funktioniert: Daily Mail und Sun prangerten Corbyn als Terroristenfreund an. Die Tory-Parteizentrale gab die Parole aus, Corbyn wolle den Terrorismus »wegerklären« und setzte verstärkt auf Corbyns bekannte Ablehnung von Atomwaffen, die ihm die Abneigung gegenüber der Auslöschung der Menschheit durch einen atomaren Krieg als Führungsschwäche auslegte. Doch Labour hielt dagegen: In millionenfach gesehenen Facebook-Videos erklären eine im Irak stationiert gewesene Militäranalystin und ein hoher Polizeioffizier, warum der Krieg im Irak und die Kürzung der Zahl der PolizistInnen unter May ein Fehler und Jeremy Corbyns Politik die beste Wahl für Großbritanniens Sicherheit seien. Dass selbst das Attentat von London fünf Tage vor der Wahl Labours Aufholjagd nicht behinderte, ist jedenfalls ein Hinweis darauf, dass sich Corbyns mutige und geradlinige Antwort auch politisch bezahlt gemacht und sich seine Deutung der Ereignisse durchgesetzt hat.

## DAS WAHLERGEBNIS

Im Durchschnitt der letzten Umfragen vor der Wahl lag Labour am 7. Juni 8 Prozentpunkte hinter den Konservativen, wobei die Spannbreite von einem Rückstand von 13 Pro-

zentpunkten bis zu einer knappen Führung reichte. Noch am Wahltag veröffentlichte das Meinungsforschungsinstitut des konservativen Lord Ashcroft eine Sitzprognose, die zwar nicht den lange erwarteten Erdrutschsieg, aber doch eine deutlich gewachsene Mehrheit von 76 Sitzen für die Tories vorhersagte.

Die Exit Poll, die sich im Lauf der Wahlnacht als sehr präzise herausstellte, traf das politische Großbritannien daher wie ein Keulenschlag: Statt des konservativen Erdrutschsieges verloren die Konservativen ihre Mandatsmehrheit. Zwar konnten sie mit einem Plus von 5,5% im nationalen Stimmanteil vom völligen Kollaps von UKIP profitieren (-10,8%), doch Labour verbuchte den größten Zugewinn in einer Wahl seit 1945: Mit einem Zuwachs von 9,5 Prozentpunkten holte Labour 40% der Stimmen und ist damit nicht nur Europas mitglieder-, sondern auch stimmenstärkste Sozialdemokratie und nahm den Tories entscheidende Wahlkreise ab. Unter den 32 gewonnenen Sitzen befinden sich sowohl 2010 und 2015 verlorene Hochburgen in Wales, Schottland und Nordengland als auch stockkonservative Wahlkreise im Süden Englands oder der wohlhabende Londoner Wahlkreis Kensington.

Erste Analysen zeigen einen bemerkenswerten Zugesewinn in allen sozialen Schichten, von Personen in akademischen Berufen bis zu HilfsarbeiterInnen. Das Kalkül, durch die Forcierung chauvinistischer und migrationsfeindlicher Parolen Labour die ArbeiterInnenschaft abspenstig zu machen ist in Hinblick auf Labours offensives, glaubwürdiges Alternativprogramm zur sozialen Umgestaltung des Landes nicht aufgegangen. Auch wenn noch keine vergleichbaren Ergebnisse über die Wahlbeteiligung nach Altersgruppen vorliegen, sehen viele BeobachterInnen die erfolgreiche Mobilisierung der jüngeren Generation (bis 49 Jahre) als wesentlichen Teil für Corbyns Erfolg. Unübersehbar ist, dass Labours Stimmanteil bei den bis 49-Jährigen deutlich vor den Konservativen, ab 50 Jahren deutlich hinter den Konservativen liegt (wobei dies seit Jahren ein Kennzeichen britischer Wahlen ist). In dieser Zielgruppe hat die konservative Angststrategie offenbar noch am besten funktioniert.

### **THERESA MAY KÄMPFT UM IHR ÜBERLEBEN**

Theresa May hat ihre Mehrheit im Unterhaus verloren, hat jedoch von der Königin den Auftrag zur Bildung einer Minderheitsregierung erhalten, die sie durch die nordirisch-protestantische Democratic Unionist Party (DUP) stützen lassen möchte. Dem schönen Namen zum Trotz steht diese Partei

weit rechts, ihr Führungspersonal ist in den letzten Jahren national durch homosexuellen- und frauenfeindliche Sprüche in Erscheinung getreten, historisch hatte die DUP Verbindungen zu radikalen nordirisch-protestantischen Terrorgruppen. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass Theresa May am Ende eines Wahlkampfes, in dem sie von »strong and stable government« gesprochen und Jeremy Corbyn als Terroristenfreund bezeichnet hat, eine wacklige Minderheitsregierung auf die Stimmen der DUP stützen will. Ob und wie dauerhaft dieser Versuch Bestand hat, bleibt abzuwarten. Zwar konnte sich Theresa May in den ersten Tagen nach der Wahl die Unterstützung der Parlamentsfraktion sichern. Doch ihr politisches Überleben ist weiter in der Schwebelage und verdankt sie wohl dem Umstand, dass kein klarer Nachfolgefavorit in Sicht ist. Innenministerin Amber Rudd konnte ihren Sitz nur mit einer hauchdünnen Mehrheit verteidigen – eine Premierministerin, die den eigenen Wahlkreis bei der nächsten Wahl verlieren könnte, wäre aber ein kaum kalkulierbares Sicherheitsrisiko. Außenminister Boris Johnson gilt als unberechenbar, Brexit-Minister David Davis als farblos. Schatzkanzler Philip Hammond steht nach der Wahlniederlage unter massivem Druck, seine Sparpolitik aufzuweichen und mit dem als Umweltminister in die Regierung zurückberufenen Brexit-Campaigner Michael Gove hat Boris Johnson noch eine Rechnung aus dem Rennen um Camerons Nachfolge offen. Mays katastrophales Krisenmanagement rund um den Brand des Londoner Grenfell Tower, dem möglicherweise über 100 Menschen zum Opfer gefallen sind, könnte ihren politischen Abgang dennoch beschleunigen.

### **CORBYNS POSITION NACH DER WAHL**

Jeremy Corbyn stellt sich und seine Partei jedenfalls auf möglicherweise rasch folgende Neuwahlen ein. Nach dem Verlust der konservativen Parlamentsmehrheit hat er mehrfach seine Bereitschaft zur Bildung einer eigenen Minderheitsregierung angekündigt und wartet auf das Scheitern der konservativen Minderheitsregierung in den nächsten Wochen und Monaten, auf die er den politischen Druck laufend erhöhen will. Der frühere konservative Parteichef William Hague hat Theresa May bereits empfohlen, von ihren Plänen eines »harten Brexit« abzurücken, weil dessen absehbares Scheitern im Parlament zu einer Machtübernahme Corbyns führen würde, die es um jeden Preis zu verhindern gelte. Ähnlich scheint dies Blairs früherer Spin-Doktor Lord Mandelson zu sehen, der an die Labour-Parlamentsfraktion appelliert, May gegen die Hardliner der eigenen Fraktion bei einem »weichen Brexit« zu unterstützen und sie so im (und Corbyn aus dem) Amt zu halten. Corbyns Wahlsieg hat seine Position zwar noch unan-


greifbarer gemacht und alle im Raum stehenden Pläne einer Parteispaltung vorläufig verunmöglicht. Aber auch wenn Teile seiner früheren GegnerInnen nun Abbitte leisten, bleibt eine große Gruppe ihm und seiner Politik gegenüber offen feindselig. Sie kann weiter versuchen, ihn zu beschädigen, doch in den nächsten Monaten kann er mit der Autorität von fast 13 Millionen Stimmen den politischen Kurs weiter vorgeben.

## 10 WOCHEN, DIE DIE WELT VERÄNDERTEN

Denn das Wahlergebnis hat nicht nur unter Beweis gestellt, wie die verbliebenen Bannerträger des »Dritten Wegs« jeden Kontakt zur Realität verloren haben, es hat vor allem die politische Landschaft grundlegend verändert.

Corbyn hat diese Wahl auf Grundlage eines entschlossenen, klassisch-sozialdemokratischen und mit ihm als Person glaubwürdig verbundenen Wahlprogramms gewonnen. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn er sich auf die in den 90er-Jahren gängig gewordenen »post-demokratischen« Politik-Methoden beschränkt hätte. Corbyns Erfolg beruht nicht auf der (Fehl-)Interpretation kleiner Fokusgruppen, und nicht auf dem opportunistischen Nachgeben gegenüber Scheindebatten der politischen Rechten, von Migration bis innerer Sicherheit, sondern auf der erfolgreichen Mobilisierung und Involvierung hunderttausender Menschen für eine Politik des sozialen Wandels: bei über 90 öffentlichen Kundgebungen im ganzen Land, bei Hausbesuchen und Wahltagsaktionen in den 650 Wahlkreisen, aber auch in den sozialen Medien. Corbyn musste gegen eine fast durchgängig feindselige Printmedienlandschaft antreten – und hat dabei sehr erfolgreich auf die Kommunikation in den sozialen Medien gesetzt, während seine beeindruckenden Kundgebungen in Städten und kleineren Ortschaften auch die Fernsehberichterstattung in seinem Sinne beeinflusst hat.

Nachdem bei den letzten Wahlen die nationalistische SNP 50 von 51 schottischen Wahlkreisen geholt und UKIP fast 13 % der Stimmen (aber keine Mandate) gewonnen hatte, hat diese Wahlauseinandersetzung das traditionelle Zwei-Parteiensystem wiederbelebt. Dabei hat sich auch Corbyns Weigerung, dem Drängen mancher Linker nach einer sogenannten »Progressive Alliance« nachzugeben, bewährt. Mit dem Slogan »No coalition, no deals« hat er allen Versuchen der Konservativen, eine »coalition of chaos« an die Wand zu malen die Grundlage entzogen und hat den Fokus auf das inhaltliche Programm der Labour Party gelenkt.

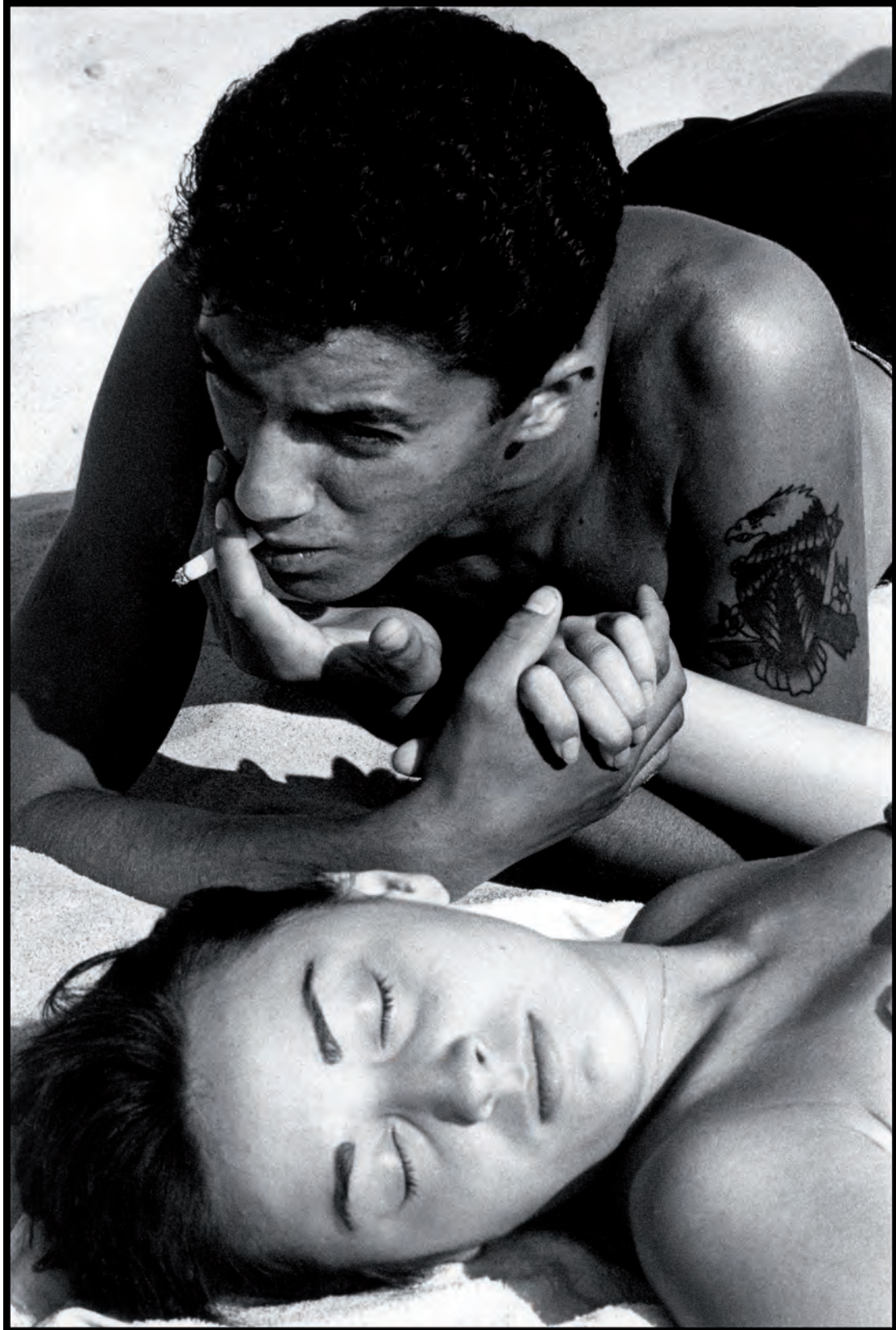
Jeremy Corbyn ist sicherlich nicht der Prototyp des modernen Medienpolitikers. Dass er dennoch mit einem mutigen sozialdemokratischen Wahlprogramm und den richtigen strategischen Festlegungen diese Wahl gedreht hat, kann und muss Europas SozialdemokratInnen eine Lehre sein: Mit einem überzeugenden Programm zur Überwindung der immer größeren Ungleichheit in unserer Gesellschaft, mit persönlicher Glaubwürdigkeit und der Mobilisierung der Öffentlichkeit für den sozialen Wandel kann – ohne Anbiederung an ihm feindlich gesonnene Medien oder Parteien – jeder Sozialdemokrat, jede Sozialdemokratin Wahlen gewinnen. Entscheidend scheint dabei vor allem eines zu sein: Dass SozialdemokratInnen unzweifelhaft als SozialdemokratInnen in Erscheinung treten – und ihnen geglaubt wird, dass es ihnen um die Sache und um die Menschen, und nicht um den eigenen Vorteil geht. *For the many, not the few!* 

LUDWIG DVOŘÁK  
ist Gf. Chefredakteur.

1. Islington North ist der Wahlkreis von Jeremy Corbyn in London, den er seit 1983 im Unterhaus vertritt. 2017 legte er hier nochmal fast 13%-Punkte auf 73% zu.
2. <https://www.theguardian.com/politics/2017/jun/02/back-me-despite-corbyn-as-may-will-win-labour-mp-urges-voters>
3. <https://order-order.com/2017/06/02/labour-mp-people-confidence-theresa-may-jeremy-corbyn/>
4. <https://www.theguardian.com/politics/2017/may/28/labour-must-fill-pro-eu-chasm-says-blairs-former-chief-of-staff>
5. <http://www.telegraph.co.uk/news/2017/05/15/poll-shows-surge-tory-support-labour-heartlands-ukip-voters/>
6. [http://www.huffingtonpost.co.uk/entry/these-three-new-brexiteers-will-give-theresa-may-a-landslide-election-win-yougov-warns\\_uk\\_59197a4de4bo0f308cf66d05](http://www.huffingtonpost.co.uk/entry/these-three-new-brexiteers-will-give-theresa-may-a-landslide-election-win-yougov-warns_uk_59197a4de4bo0f308cf66d05)
7. <http://www.independent.co.uk/news/uk/politics/theresa-may-dementia-tax-u-turn-wrexham-flustering-stuttering-general-election-2017-a7749186.html>
8. <http://press.labour.org.uk/page/5>
9. Während der Brexit-Kampagne wurde die Labour-Abgeordnete Jo Cox am 17.06.2016 von einem rechtsextremen Attentäter ermordet.
10. [http://en.wikipedia.org/wiki/Opinion\\_polling\\_for\\_the\\_United\\_Kingdom\\_general\\_election,\\_2017](http://en.wikipedia.org/wiki/Opinion_polling_for_the_United_Kingdom_general_election,_2017)
11. <http://lordashcroftpolls.com/2017/06/estimated-conservative-majority-rises-final-ashcroft-model-update/>
12. [https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus\\_uploads/document/smo1w49ph1/InternalResults\\_170613\\_2017Election\\_Demographics\\_W.pdf](https://d25d2506sfb94s.cloudfront.net/cumulus_uploads/document/smo1w49ph1/InternalResults_170613_2017Election_Demographics_W.pdf)
13. <http://www.telegraph.co.uk/news/2017/06/12/brexit-will-defeat-government-unless-recognises-everything-has/>
14. <http://www.dailymail.co.uk/debate/article-4592416/Peter-Mandelson-says-party-moderates-stand-pm.html>

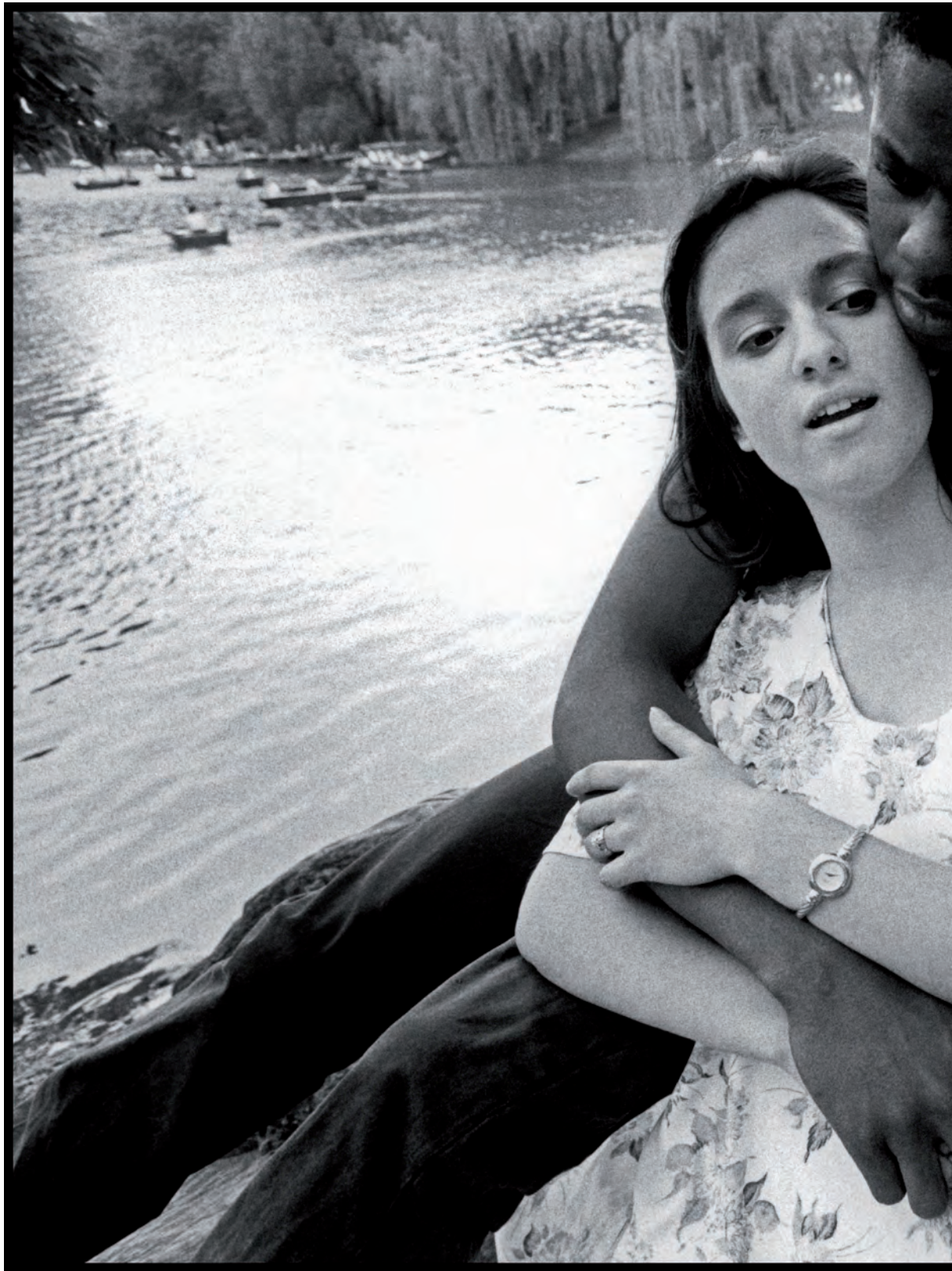
**BRUCE  
DAVIDSON**

WESTLICHT



**Coney Island, Brooklyn, New York, 1959**  
© Bruce Davidson / Magnum Photos

**BRUCE  
DAVIDSON**  
WESTLICHT



**Central Park, New York, 1992 – 1995**  
© Bruce Davidson / Magnum Photos



# Demokraten, Populisten & Imperialisten



## Mark Jones AM ANFANG WAR GEWALT

Aus dem Englischen von Karl Heinz Siber. Der Historiker Mark Jones schildert die Gründungsphase der Weimarer Republik als eine Geschichte der Gewalt. Er zeigt, wie eine anfangs friedliche Revolution in Tabubrüchen endet, einschließlich des Mordes an Frauen und Kindern durch Soldaten der sozialdemokratisch geführten Regierung. Diese Erfahrung wurde für das weitere Schicksal Deutschlands prägend.

PROPYLÄEN VERLAG, 432 Seiten, 26,80 Euro



## Magnus Brechtken ALBERT SPEER

Seit 1931 NSDAP-Mitglied und bald ein Vertrauter Hitlers, wurde Albert Speer rasch zum Architekten des Rassenstaates. Gleichwohl behauptete er nach Kriegsende, stets distanziert, ja eigentlich unpolitisch und gar kein richtiger Nazi gewesen zu sein. Magnus Brechtken zeigt, wie es Speer gelang, diese Legende zu verbreiten, und wie Millionen Deutsche sie begierig aufnahmen, um sich selbst zu entschuldigen.

SIEDLER VERLAG, 912 Seiten, 41,20 Euro



## Daniel-Pascal Zorn LOGIK FÜR DEMOKRATEN

Zorn führt in die argumentativen Auseinandersetzungen, vor die sich ein Demokrat immer wieder gestellt sieht. In Analysen populistischer Argumentation und totalitärer Denkweisen bekommen Leser Instrumente an die Hand, die

Demokratie gegen ihre Feinde zu verteidigen. Dabei vergisst er nicht, diejenigen zum Gespräch einzuladen, die mit der Demokratie noch nichts oder nichts mehr anfangen können.

KLETT-COTTA VERLAG, 314 Seiten, 20,60 Euro



## Heribert Prantl GEBRAUCHSANWEISUNG FÜR POPULISTEN

Wider den populistischen Extremismus – Für die Wehrhaftigkeit der liberalen Demokratie! Es ist an der Zeit, für einen demokratischen Populismus einzutreten, der nicht die niederen Instinkte bedient, sondern mit Vernunft und Leidenschaft

begeistert. Heribert Prantl arbeitet seit 1987 als politischer Redakteur der Süddeutschen Zeitung, seit 1995 leitete er dort das Ressort Innenpolitik.

ECOWIN VERLAG, 80 Seiten, 14,00 Euro



## Ulrich Brand, Markus Wissen IMPERIALE LEBENSWEISE

Immer mehr Menschen – im globalen Norden und zunehmend auch im globalen Süden – machen sich eine imperiale Lebensweise zu eigen. Sie bedienen sich an den ökologischen und sozialen Ressourcen andernorts, um sich selbst einen hohen Lebensstandard zu sichern. Ulrich

Brand und Markus Wissen analysieren die Ursachen der imperialen Lebensweise und zeigen Wege zu ihrer Überwindung.

OEKOM VERLAG, 224 Seiten, 15,40 Euro



## Bernie Sanders UNSERE REVOLUTION

Aus dem Englischen von Frank Born, K.-D. Schmidt und Karen Genschow. In der führenden Nation des Westens spielen die Belange der Mittelschicht und der Geringverdiener, aber auch des Umweltschutzes und der Minderheiten eine empörend geringe Rolle. Doch Bernie Sanders kämpft weiter

für eine politische Revolution: für eine Ökonomie, die nicht nur Jobs schafft, sondern auch für gerechte Löhne sorgt.

ULLSTEIN, 464 Seiten, 24,70 Euro



# Lügen, Wahrheiten & Ungeheuer



**Javier Cercas**  
DER FALSCHER ÜBERLEBENDE

Aus dem Spanischen von Peter Kultzen. Medienwirksam hat sich der Katalane Enric Marco 30 Jahre lang als Überlebender des deutschen Konzentrationslagers Flossenbürg ausgegeben, hat sein Leiden öffentlich erzählt, war Präsident der Vereinigung der ehemaligen spanischen KZ-Häftlinge. Doch 2005 kam es zum Skandal, als ein Historiker aufdeckte, dass seine Geschichte eine Lüge war.  
**S. FISCHER**, 496 Seiten, 24,70 Euro



**Graham Swift**  
EIN FESTTAG

Aus dem Englischen von Susanne Höbel. Jane, das junge Dienstmädchen von Beechwood, und Paul, der Spross aus begütertem Haus, haben ein Verhältnis. An einem sonnigen Märzsonntag 1924 darf Jane – Familie und Dienerschaft sind ausgeflogen – durchs Hauptportal herein und ins Bett ihres Geliebten kommen. Nicht ahnend, dass ihr Leben am Ende dieses Tages zu zerbrechen droht.  
**DTV**, 144 Seiten, 18,50 Euro



**Christine Wunnicke**  
KATIE

Eine übersinnliche Geschichte. Und das Beste: Es ist alles wahr. Wirklich. Vielleicht liegt es am Nebel. Davon jedenfalls gibt es in London um 1870 genug, und wer weiß, vielleicht trübt er der Stadt die Sinne. Kaum einer, der nicht dem Medium seiner Wahl vertraut, um in schummrigen Séancen mit dem Jenseits zu parlieren. Florence Cook ist das It-Girl der Branche.  
**BERENBERG VERLAG**, 160 Seiten, 22,70 Euro



**Denis Johnson**  
DIE LACHENDEN UNGEHEUER

Aus dem Englischen von Bettina Abarbanell. Roland Nair gibt sich als Däne aus, ist aber mit einem amerikanischen Pass unterwegs. Als er in Freetown, der Hauptstadt von Sierra Leone, aus dem Flugzeug steigt, schlägt ihm die Hitze Afrikas entgegen. Er ist gekommen, um seinen Freund Michael Adriko wiederzusehen, einen Abenteurer, mit dem er zusammen während des Bürgerkriegs eine Menge Geld verdiente.  
**ROWOHLT**, 272 Seiten, 23,70 Euro



**Karl Ove Knausgård**  
KÄMPFEN

Die Rücksichtslosigkeit anderen – aber vor allem sich selbst gegenüber. Die Radikalität des Ansatzes. Die schwindelerregenden Wechsel zwischen kleinsten Details und großen Gedanken. Die essayistischen Passagen zu Themen der Kunst- und Literaturgeschichte. Und diesmal auch: die Schilderung einer Krankheit und Ehekrise.  
**LUCHTERHAND**, 1280 Seiten, 29,90 Euro

## Sylvain Prudhomme

EIN LIED FÜR DULCE



Aus dem Französischen von Claudia Kalscheuer. Couto, einst Gitarrist der legendären Band Super Mama Djombo, schlägt sich mehr schlecht als recht in Guinea-Bissau durchs Leben. Da erfährt er eines Morgens vom Tod seiner ersten großen Liebe Dulce, der Sängerin der Band. Aufgewühlt zieht er durch die Straßen, von Bar zu Bar, von Freund zu Freund. Dreißig Jahre Erinnerung ziehen an ihm vorüber.  
**UNIONSVERLAG**, 224 Seiten, 20,60 Euro

# Sozialstaat und Wirtschaftsstandort

**H**artnäckig hält sich in der Öffentlichkeit und der politischen Debatte das Gerücht, ein ausgebauter Sozialstaat behindere die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Verfechter dieser Ideen scheinen die Mühe des Studiums von Daten für nicht zumutbaren Aufwand in der politischen Auseinandersetzung zu halten.

Denn bereits ein nüchterner Blick auf die Faktenlage zeigt: Es sind vor allem die EU-Länder mit einem gut ausgebauten Sozialstaat, die relativ erfolgreich durch die Finanzkrise gekommen sind. Neben Dänemark und Schweden zählt dazu auch Österreich, wo Produktion, Einkommen und Beschäftigung das Niveau von 2007 bereits wieder merklich übersteigen.

Ein positiver Zusammenhang zwischen Sozialstaat und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit ergibt sich nicht nur in Bezug auf die Entwicklung, sondern auch auf das Niveau: Österreich weist mit gut 29% des Bruttoinlandsproduktes die vierthöchste Sozialquote der EU auf (nach Frankreich, Dänemark und Finnland sowie gleichauf mit Schweden). Gleichzeitig hat es mit gut 42% die fünfthöchste Abgabenquote (nach Belgien, Frankreich, Dänemark, Finnland und gleichauf mit Schweden). Und Österreich hat mit gut 36.000 Euro das vierthöchste BIP pro Kopf zu Kaufkraftstandards in der EU (nach Luxemburg, Irland, den Niederlanden und knapp vor Dänemark, Deutschland und Schweden).


Es sind drei Funktionen des Sozialstaates, die sich günstig auf wirtschaftliches Niveau und wirtschaftliche Entwicklung auswirken:

Erstens die stabilisierende Funktion: Vor allem das Sozialversicherungssystem glättet die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, weil es in der Hochkonjunktur bremst und in der Rezession das gefürchtete Angst-

sparen verhindert. Länder mit einer stabileren Wirtschaftsentwicklung weisen insgesamt auch ein höheres wirtschaftliches Niveau auf.

Zweitens die aktivierende Funktion des Sozialstaates: Ein moderner Wohlfahrtsstaat geht weit über die Sozialversicherung hinaus und zeichnet sich durch gute öffentliche Infrastruktur und umfassende soziale Dienstleistungen aus, darunter besonders ein allgemeines Bildungs- und Qualifizierungssystem, vom Kindergarten bis zu aktiver Arbeitsmarkt- und Weiterbildungspolitik. Hohe Investitionen in Bildung und Forschung sind jene Ingredienzien, die nicht nur wirtschaftliche Produktivität, sondern auch die Finanzierbarkeit des Sozialstaates sichern.

Drittens die unterstützende Funktion des Sozialstaates für Strukturwandel und Modernisierungsprozess: Schon historisch konnte gezeigt werden, dass es die Länder mit sicherer sozialer Basis zu Hause waren, die sich besonders früh an den internationalen Handel wagten. Soziale Sicherheit ermöglicht es erst sich auf Neues einzulassen, sie fördert Aufgeschlossenheit und Innovation, die Ingredienzien wirtschaftlichen Erfolgs.

Gerade im Interesse des Standorts muss deshalb der Sozialstaat gegen die neokonservativen und neoliberalen Ideologien der Abgabensenkung, des Rückzugs des Staates und der Umverteilung von unten nach oben verteidigt werden. Das verlangt nach einer offensiven politischen Auseinandersetzung mit den wirtschaftlich Mächtigen. Es sind die unsolidarischen Multimillionäre, die die Finanzierbarkeit des Sozialstaates und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gefährden. 

**MARKUS MARTERBAUER**

leitet die Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und bloggt auf <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/>





# ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden  
& einsenden an:

VA Verlag GmbH  
Kaiser-Ebersdorferstraße 305/3  
1110 Wien

Ich bestelle  ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro  
 ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name:

Straße:

Ort/PLZ:

Tel.:

E-Mail:

Unterschrift: